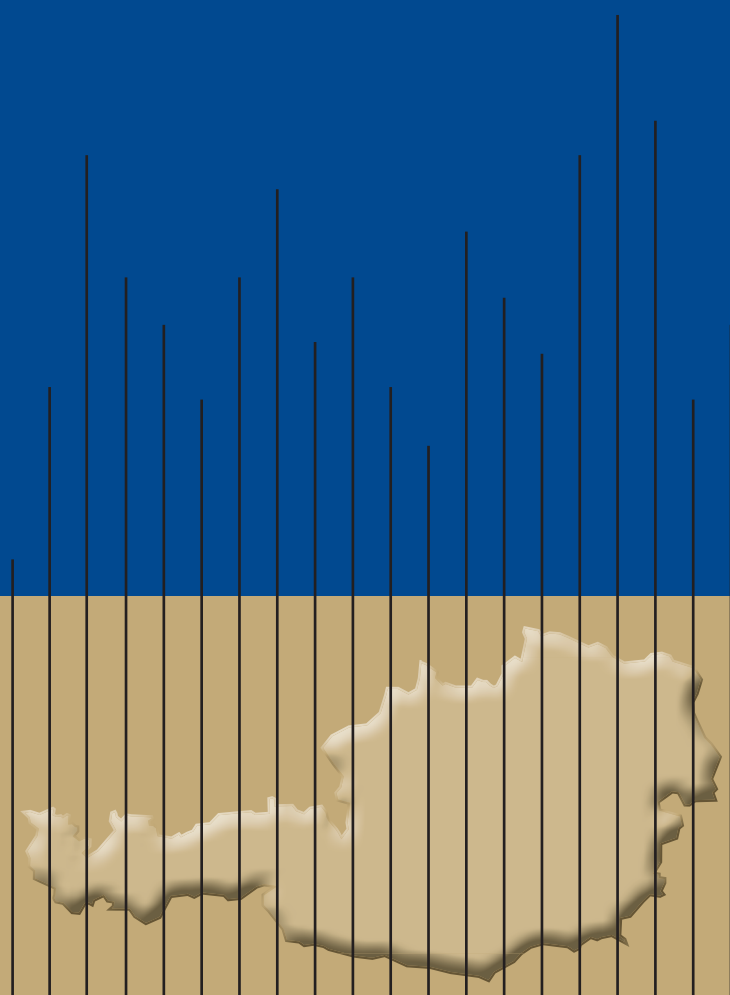


# FAKTEN ZU ÖSTERREICH UND SEINEN BANKEN





# Inhalt

Kennzahlen	4
Überblick	6
1 Österreichs Wirtschaft ist strukturell in einer guten Verfassung	8
1.1 Österreich zählt zu den leistungsstärksten Wirtschaften im Euroraum	8
1.2 Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft gerät unter Druck	12
1.3 Öffentliche Finanzen: Maastricht-Defizit und Schuldenstand geringer als im Euroraum-Durchschnitt	16
Kasten 1 Steuerreform 2015 – Maßnahmen sowie Effekte auf BIP und Budgetsaldo	18
2 Österreichische Banken weiterhin vor großen Herausforderungen – Neue Aufsichtspolitik zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität	21
2.1 Identifizierte Risiken für Finanzmarktstabilität bleiben bestehen – Kapitalisierung und Liquidität verbessern sich weiter	21
Kasten 2 Wesentliche Entwicklungen bei Hypo Group Alpe Adria bzw. HETA Asset Resolution AG seit 2014	23
2.2 Fokus der Aktivitäten österreichischer Banken weiterhin auf Zentral-, Ost- und Südosteuropa	24
2.3 Erweiterter Aufsichtsrahmen als wichtiger Beitrag zu Finanzmarktstabilität	27
Kasten 3 Maßnahmen der österreichischen Aufsicht zu Fremdwährungskrediten zeigen Wirkung, die Risiken aus dem Bestand bleiben jedoch bestehen	29
2.4 Wesentliche Fortschritte in der Errichtung der Bankenunion	31
Kasten 4 Darstellung der Arbeitsabläufe im Joint Supervisory Team (JST)	31
3 Tabellenanhang	34

Redaktionsschluss: 22. April 2015

# Kennzahlen

Update: 22. April 2015

## Kennzahlen – Realwirtschaft

(Prognose – OeNB, Dezember 2014)

	Q4 13	Q1 14	Q2 14	Q3 14	Q4 14	2013	2014	2015	2016
<b>Wirtschaftliche Aktivität</b>									
<i>in Mrd EUR (gleitende Summe über vier Quartale)</i>									
Bruttoinlandsprodukt, nominell	322,6	324,5	326,4	328,2	329,7	322,6	329,7	337,5	347,6
<i>Veränderung zur Vorperiode in% (real)</i>									
BIP	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	0,3	0,4	0,7	1,6
Privater Konsum	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,2	0,1	0,7	1,3
Öffentlicher Konsum	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,5	1,4	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,2	0,4	-0,1	-1,0	-1,1	-1,0	0,0	0,8	2,3
Exporte insgesamt	0,4	0,8	0,1	0,2	0,2	1,3	1,5	2,4	4,6
Güterexporte	0,2	0,7	0,7	0,0	0,3	0,0	1,7	2,2	4,5
Importe insgesamt	1,0	0,8	0,2	-0,4	-0,5	0,1	1,9	2,5	4,7
Güterimporte	0,4	-1,2	-0,3	-0,4	0,2	-0,6	-0,6	1,3	4,8
<i>in% des nominellen BIP</i>									
Leistungsbilanzsaldo	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,9	0,8	0,6	0,8
<i>Veränderung zum Vorjahr in%</i>									
Preise									
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	1,6	1,5	1,6	1,5	1,3	2,1	1,5	1,4	1,5
Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer	2,0	1,8	1,8	1,8	1,8	2,2	1,8	1,5	2,2
Lohnstückkosten	2,4	2,3	2,2	2,2	2,2	2,6	2,2	1,3	1,2
Produktivität	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	-0,5	-0,5	-0,4	0,2	1,0
<i>Veränderung zum Vorjahr in%</i>									
Einkommen und Sparen									
Real verfügbares Haushaltseinkommen	0,5	-0,7	-0,3	0,1	0,4	-2,0	0,1	1,1	1,4
<i>in% des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>									
Sparquote	x	x	x	x	x	7,3	7,6	x	x
<i>Veränderung zur Vorperiode in%</i>									
Arbeitsmarkt									
Unselbstständig Beschäftigte	0,1	0,3	0,2	0,1	0,3	0,8	0,8	0,4	0,6
<i>in% des Arbeitskräfteangebots</i>									
Arbeitslosenquote (Eurostat)	5,5	5,6	5,7	5,6	5,6	5,4	5,6	x	x
<i>in% des nominellen BIP</i>									
Öffentliche Finanzen									
Budgetsaldo	x	x	x	x	x	-1,3	-2,4	-1,8	-1,4
Schuldenstand	x	x	x	x	x	80,9	84,5	x	x

Quelle: OeNB, Eurostat, Statistik Austria; 2015 bis 2016: OeNB-Prognose vom Dezember 2014; Prognosen für Sparquote, Arbeitslosenquote und Schuldenstand nach Revision der historischen Daten nicht mehr gültig. X = Daten nicht verfügbar.

## Kennzahlen – Finanzwirtschaft

	Q4 13	Q1 14	Q2 14	Q3 14	Q4 14	2011	2012	2013	2014
<b>Österreichisches Bankensystem</b>	<i>konsolidiert in Mrd EUR</i>								
Bilanzsumme	1.090	1.074	1.072	1.096	1.079	1.166	1.164	1.090	1.079
Eigenmittel <sup>1</sup>	89,0	91,2	90,3	88,7	87,8	88,1	88,2	89,0	87,8
Auslandsforderungen CESEE <sup>2</sup>	201,8	199,8	197,5	194,0	184,8	216,1	209,8	201,8	184,8
<b>Strukturkennzahlen</b>	<i>konsolidiert in %</i>								
Eigenmittelquote <sup>1</sup>	15,4	15,6	15,5	15,5	15,6	13,6	14,2	15,4	15,6
Tier 1-Quote <sup>1</sup>	11,9	12,1	11,8	11,9	11,8	10,3	11,0	11,9	11,8
Leverage <sup>3</sup>	6,5	5,1	5,3	5,8	5,7	5,8	6,1	6,5	5,7
<b>Kreditentwicklung und -qualität (AT)</b>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>								
Kreditwachstum Kunden (Nichtbanken)	-0,4	-0,2	-0,2	0,5	0,7	2,3	0,4	-0,4	0,7
	<i>Anteil an Krediten an Kunden (Nichtbanken) in %</i>								
Fremdwährungskreditanteil	12,3	12,1	11,8	11,6	11,1	17,4	14,4	12,3	11,1
Wertberichtigungsquote	3,5	3,7	3,6	3,6	3,3	3,2	3,3	3,5	3,3
Notleidende und uneinbringliche Kredite	4,1	4,7	4,5	4,4	4,4	4,5	4,7	4,1	4,4
<b>Ertragslage</b>	<i>konsolidiert in Mrd EUR</i>								
Ergebnis nach Steuern	-1,0	1,1	-0,6	1,0	1,4	0,7	3,0	-1,0	1,4
	<i>konsolidiert in %</i>								
Gesamtkapitalrentabilität	-0,04	0,5	-0,04	0,2	0,1	0,1	0,3	-0,04	0,1
Aufwand-Ertrag-Relation	73,0	63,7	77,7	66,8	67,6	66,4	61,7	73,0	67,6
<b>Tochterbanken in CESEE<sup>4</sup></b>	<i>in %</i>								
Kredit-Einlagen-Quote	95,8	100,3	100,9	100,3	96,7	105,8	99,4	95,8	96,7
Gesamtkapitalrentabilität	0,8	0,9	0,7	0,4	0,3	0,7	0,8	0,8	0,3
Aufwand-Ertrag-Relation	52,7	54,3	54,9	50,6	53,2	50,1	52,4	52,7	53,2
Wertberichtigungsquote	8,0	7,7	7,6	7,6	7,3	7,3	7,6	8,0	7,3
<b>Private Haushalte</b>	<i>in Mrd EUR</i>								
Geldvermögen insgesamt (Stand; aktiv)	557,3	561,4	566,1	566,3	572,4	528,0	548,0	557,3	572,4
Verpflichtungen – Kredite (Stand; passiv)	164,5	163,6	164,5	165,9	165,8	164,4	164,5	164,5	165,8
davon Fremdwährungskredite	28,4	27,8	27,3	26,7	25,4	38,7	32,9	28,4	25,4
davon Wohnbaukredite in Fremdwährung	21,5	21,0	20,7	20,3	19,5	27,7	24,3	21,5	19,5
<b>Unternehmen</b>	<i>in Mrd EUR</i>								
Geldvermögen insgesamt (Stand; aktiv)	427,3	427,0	432,7	435,5	449,2	390,6	403,8	427,3	449,2
Verpflichtungen insgesamt (Stand; passiv)	653,5	653,0	662,7	663,1	669,4	606,2	634,1	653,5	669,4
davon Kredite und Wertpapiere	337,8	335,8	342,9	345,2	344,8	316,6	329,5	337,8	344,8
davon Anteilsrechte	295,6	296,8	298,9	296,5	302,6	268,3	283,9	295,6	302,6
	<i>in Mrd EUR (gleitende Summe über vier Quartale)</i>								
Bruttobetriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen	72,3	72,9	72,9	73,3	73,4	73,9	74,2	72,3	73,4

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

<sup>1</sup> Da ab 2014 die Kennzahlen zur Eigenmittelausstattung auf Basis der CRD IV kalkuliert werden, kommt es zu einer eingeschränkten Vergleichbarkeit mit früheren Werten.<sup>2</sup> Forderungen der mehrheitlich in österreichischem Besitz befindlichen Banken (BIZ-Definition).<sup>3</sup> Definition bis 2013: Tier 1-Kapital nach Abzugsposten in % der Bilanzsumme. Definition ab 2014 gemäß Basel III.<sup>4</sup> Seit 2014 sind die anteilmäßigen Daten der Yapi ve Kredi Bankasi, einem Joint Venture der UniCredit Bank Austria in der Türkei, inkludiert.

# Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in Österreich<sup>1</sup>

## Österreichs Wirtschaft ist leistungsstark

- Österreich wies im letzten Jahrzehnt ein höheres Wachstum und ein höheres Wohlstandsniveau als der Euroraum aus. In den Jahren 2014 und 2015 fällt das BIP-Wachstum in Österreich jedoch hinter den Euroraum zurück.
- Österreichs Wirtschaft ist breit diversifiziert und verfügt über eine sektoral ausgewogene Wirtschaftsstruktur.
- Angesichts des hohen Beschäftigungsstands, der niedrigen Arbeitslosigkeit und der geringen Streikhäufigkeit hält Österreich hinsichtlich sozialer Stabilität eine ausgezeichnete Position.
- Seit der Euro-Einführung 1999 liegt die durchschnittliche Inflationsrate in Österreich und im Euroraum bei 1,9%. Das Preisstabilitätsziel wurde somit erfüllt. Allerdings liegt die HVPI-Inflation Österreichs seit September 2012 zum Teil deutlich über jener des Euroraums.
- Auf dem österreichischen Immobilienmarkt kam es in den letzten Jahren zu keiner Überhitzung. Die Immobilienpreise stiegen in einigen Regionen und Marktsegmenten seit dem Ausbruch der Finanzkrise deutlich, stehen aber in Österreich insgesamt im Einklang mit Fundamentalindikatoren.
- Die österreichische Sparquote (2014: 7,6%) ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Das Finanzvermögen des privaten Haushaltssektors beläuft sich auf 572,4 Mrd EUR bzw. 177% des BIP.
- Die Verschuldung der privaten Haushalte liegt bei 88,2% relativ zum Nettoeinkommen der Haushalte (2014 Q4); die Unternehmensverschuldung liegt mit 239,4% des Bruttobetriebsüberschusses bzw. 93,4% des BIP (2014 Q4) unter dem Euroraum-Durchschnitt.
- Durch das hohe Beschäftigungswachstum bei gleichzeitig verhaltenem Wirtschaftswachstum verliert Österreich sowohl bei den Lohnstückkosten als auch bei der Produktivität pro Erwerbstätigen relativ zum Euroraum.
- Der österreichische Außenhandel mit Waren ist sowohl regional als auch nach Gütergruppen stark diversifiziert. Im Jahr 2014 wurden rund die Hälfte der Warenexporte mit Handelspartnern innerhalb des Euroraums abgewickelt und waren somit frei von Wechselkurschwankungen. Fast ein Drittel der Exporte ging 2014 nach Deutschland.
- Die seit dem Jahr 2002 jährlich erwirtschafteten Leistungsbilanzüberschüsse (2014: 0,8% des BIP) bestätigen Österreichs internationale Wettbewerbsfähigkeit. Infolge dieser Leistungsbilanzüberschüsse konnte die österreichische Volkswirtschaft ihre traditionelle negative Vermögensposition gegenüber dem Ausland ausgleichen; sie betrug im Jahr 2014 7,05 Mrd EUR (+2,1% des BIP).
- Die Staatsverschuldung Österreichs stieg im Jahr 2014 deutlich auf 84,5%, liegt aber weiterhin unter dem Euroraum-Durchschnitt. Die Hauptbelastung ging von der Reorganisation der Hypo Group Alpe Adria aus. Diese Vermögenstransfers führten ebenso zu einer Verschlechterung des Finanzierungssaldos 2014 auf -2,4%. 2015 wird sich die budgetäre Situation Österreichs wieder deutlich verbessern.
- Im Rahmen des Europäischen Semesters erstellt die Europäische Kommission jährlich den Alert Mechanism Report. Die Kennzahlenanalyse im Rahmen dieser Prüfung („Scoreboard“) zeigt für Österreich keine nennenswerten Ungleichgewichte an.

<sup>1</sup> Redaktionsschluss: 22. April 2015.

### Österreichische Banken weiterhin vor großen Herausforderungen – Neue Aufsichtspolitik zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität nimmt Gestalt an

- Im Jahr 2014 fiel das konsolidierte Periodenergebnis der österreichischen Banken (inkl. Auslandstöchter) mit 1,4 Mrd EUR wieder positiv aus, nachdem im Jahr 2013 erstmalig ein Verlust von –1,0 Mrd EUR verzeichnet wurde. Allerdings ist anzumerken, dass die Verluste der Hypo Alpe Adria Bank International aufgrund der laufenden Abwicklung in diesen Zahlen nicht mehr enthalten sind.
- Insgesamt bleiben die identifizierten Risiken für die österreichischen Banken bestehen. Darunter fallen die relative Ertragsschwäche im Inland, die Exponierung gegenüber Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) und die verstärkte Gewinnkonzentration auf einige wenige CESEE-Länder, die unterdurchschnittliche Eigenmittelausstattung wie auch die relative Größe des Bankensystems.
- Die Aktivitäten der österreichischen Tochterbanken in CESEE bleiben ein wichtiges Geschäftsfeld. In den letzten Jahren konzentrierten sich die Gewinne vermehrt auf die Tschechische Republik, die Slowakei und auf die vergleichsweise volatileren Märkte Russland und Türkei.
- Das in CESEE erwirtschaftete Periodenergebnis der österreichischen Tochterbanken ist im Vorjahresvergleich – v. a. aufgrund des erhöhten Risikovorsorgebedarfs in Rumänien und der Fremdwährungskreditmaßnahmen in Ungarn – gesunken. Ebenso bilden sich die Spannungen rund um Russland und die Ukraine in der Profitabilität der österreichischen Tochterbanken in CESEE ab.
- Die Eigenmittelausstattung der heimischen Kreditinstitute hat sich aufgrund von Aufsichtsmaßnahmen und Bemühungen von Seiten der Banken seit 2008 kontinuierlich verbessert, liegt aber weiterhin unter dem Durchschnitt vergleichbarer europäischer Banken. Jedoch weisen die österreichischen Banken eine bessere Leverage Ratio als europäische Vergleichsgruppen auf. In Anbetracht der schrittweisen Einführung der neuen erhöhten Eigenkapitalvorschriften unter Basel III sowie der Risikoexponierung der österreichischen Banken gegenüber CESEE und Fremdwährungskrediten sind die österreichischen Banken weiter angehalten, ihre Risikotragfähigkeit zu stärken.
- Die seit Anfang 2014 etablierte makroprudenzielle Aufsicht identifiziert und analysiert vorausschauend Risiken für die Stabilität des österreichischen Finanzsystems. Das für diese Aufsicht in Österreich eingerichtete Finanzmarktstabilitätsgremium bereitet derzeit die Einführung von Kapitalpuffern zur Vorsorge gegen strukturelle Systemrisiken vor.
- Makroprudenzielle Maßnahmen wurden in Österreich bereits in der Vergangenheit gesetzt: So haben FMA und OeNB seit mehr als zehn Jahren die mit Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten verbundenen Risiken aufgezeigt. Die Neuvergabe von Fremdwährungskrediten war im Inland wie auch in CESEE rückläufig, womit die aufsichtlichen Initiativen Wirkung zeigen. Darüber hinaus hat sich der Fremdwährungskreditbestand österreichischer Banken sukzessive reduziert. Dennoch verbleiben Risiken – insbesondere auch vor dem Hintergrund der Aufgabe des Euro-Franken-Mindestkurses durch die Schweizerische Notenbank.
- Eine weitere makroprudenzielle Maßnahme der österreichischen Aufsicht ist die im März 2012 veröffentlichte aufsichtliche Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken. Die Analyseergebnisse per Ende des dritten Quartals 2014 zeigen, dass alle überwachten österreichischen Tochterbanken über ein nachhaltiges lokales Refinanzierungsmodell verfügen (auf Jahresvergleichsbasis).
- Die EZB hat am 4. November 2014 die direkte Aufsicht über die größten und bedeutendsten Banken im Euroraum (darunter acht österreichische Banken) übernommen. Zudem ergänzt seit Jahresbeginn der einheitliche Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM) bereits in weiten Teilen den einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM). Der SSM, das einheitliche Regelwerk und der SRM bilden die Grundpfeiler eines robusten und widerstandsfähigen Rahmens, der dazu beitragen soll, künftig Krisen zu vermeiden, ein wirkungsvolles Eingreifen zu ermöglichen und in letzter Konsequenz Banken abzuwickeln, wenn diese kein nachhaltiges Geschäftsmodell mehr aufweisen.

# 1 Österreichs Wirtschaft ist strukturell in einer guten Verfassung

## 1.1 Österreich zählt zu den leistungsstärksten Wirtschaften im Euroraum

### Österreichs Wirtschaft wächst 2014 und 2015 langsamer als der Euroraum

Während die österreichische Wirtschaft zwischen 2002 und 2013 ein höheres reales BIP-Wachstum als der Euroraum (ausgenommen im Jahr 2010) aufweisen konnte, blieb das Wachstum 2014 hinter jenem des Euroraums zurück. Auch 2015 wird der Euroraum stärker wachsen als die österreichische Wirtschaft. 2016 schließt sich laut Prognose des IWF dieses Differenzial wieder. Der IWF erwartet sowohl für Österreich als auch für den Euroraum ein Wachstum von 1,6%.

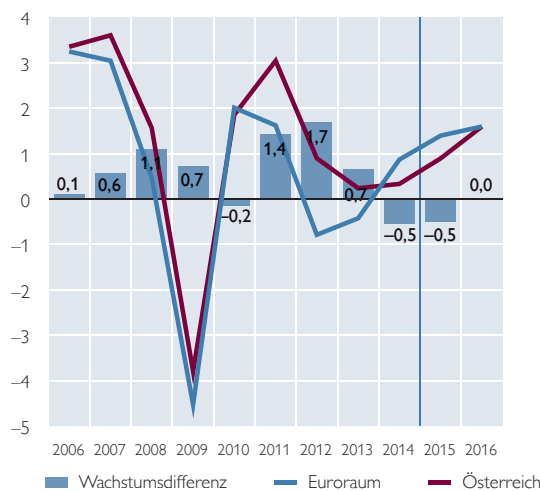
Das schwächere BIP-Wachstum Österreichs im Vergleich zum Euroraum kann sowohl auf Entwicklungen im Euroraum als auch in Österreich zurückgeführt werden. Nachdem sich der Euroraum 2012 und 2013 in einer zweiten Rezession (nach 2009) befand, erzielten einige Krisenstaaten wie Spanien und Irland – nachdem sie weitreichende strukturelle Anpassungen vorgenommen haben – derzeit ein deutlich höheres Wachstum als der Euroraum und heben somit den Durchschnittswert. Gleichzeitig verzeichnet Österreich in den letzten Jahren im Vergleich zum Euroraum eine höhere Inflation. Die hohe Inflation führt einerseits dazu, dass die real verfügbaren Haushaltseinkommen nur stagnieren und somit die Entwicklung des privaten Konsums gedämpft wurde und andererseits dazu, dass die österreichische Wirtschaft an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verliert, was sich wiederum in der Exportentwicklung widerspiegelt.

Im Jahr 2015 wird die österreichische Wirtschaft von einer Vielzahl von positiven Effekten profitieren, die das Wirtschaftswachstum unterstützen werden: Erholung im Euroraum, starkes Wirtschaftswachstum in Deutschland, geldpoliti-

Grafik 1

### Wachstumsdifferenz zwischen Österreich und dem Euroraum

Reales BIP: Veränderung zum Vorjahr in %;  
Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten

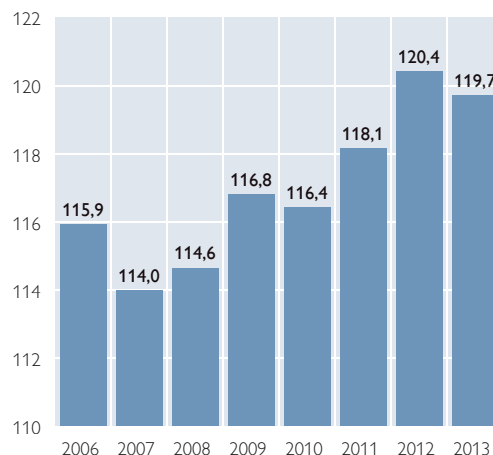


Quelle: Eurostat, IWF.

Anmerkung: 2015 bis 2016: IWF – World Economic Outlook vom April 2015.

### Wohlstandsdifferenz zwischen Österreich und dem Euroraum

Real BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards;  
Euroraum = 100

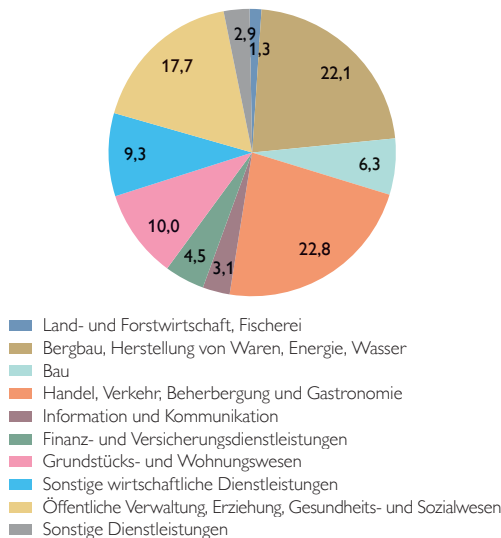




Grafik 2

## Bruttowertschöpfung 2014 in Österreich

in % der gesamten Bruttowertschöpfung, nominell



Quelle: Statistik Austria.

sche Maßnahmen des Eurosystems, im Vergleich zum Vorjahr deutlich niedrigere Energiepreise und Abwertung des Euro; ab dem Jahr 2016 wird die im März beschlossene Steuerreform zusätzlich den privaten Konsum stützen. Diese Faktoren sollten dazu führen, dass das Wirtschaftswachstum in Österreich Schwung erhält und die Wirtschaft wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad einschwenkt.

### Wirtschaftsstruktur in Österreich sektoral ausgewogen

Die österreichische Volkswirtschaft baut auf einer sektoral sehr ausgewogenen Wirtschaftsstruktur auf. Der Bereich der nicht öffentlich bereitgestellten Dienstleistungen mit einem Anteil von knapp 30% trägt am stärksten zur Bruttowertschöpfung bei. Mit jeweils

knapp über 20% folgen der Bereich *Bergbau, Herstellung von Waren, Energie und Wasser* sowie der Bereich *Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie*. Österreich weist zudem eine hohe Branchenvielfalt innerhalb der Sachgütererzeugung aus. Der Bausektor kommt auf einen international vergleichsweise geringen Wertschöpfungsbeitrag von rund 6,3%.

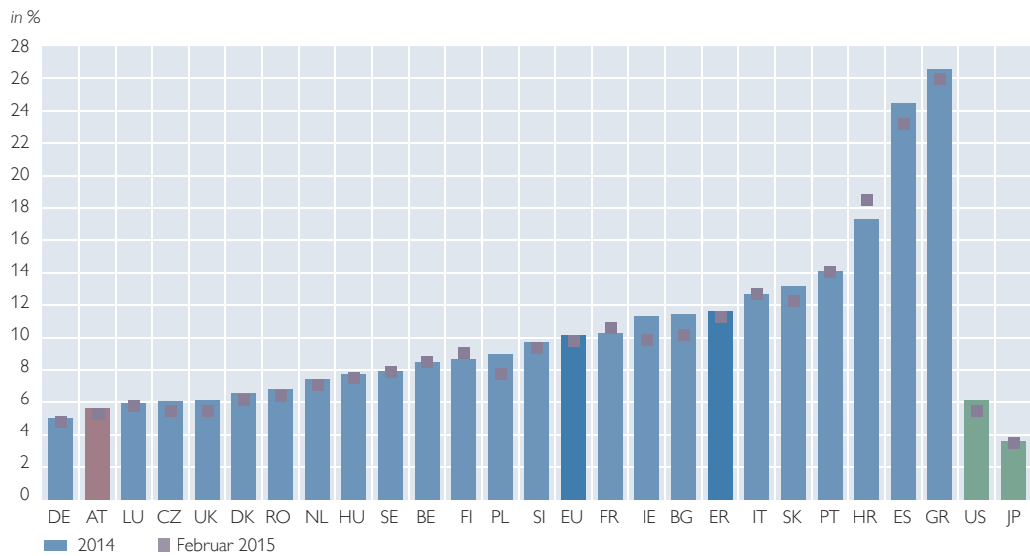
### Zweitniedrigste Arbeitslosenquote innerhalb der EU

Der österreichische Arbeitsmarkt erwies sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht nur als krisenfest, auch im folgenden Aufschwung stach die Entwicklung im internationalen Vergleich heraus. Die Anzahl der Beschäftigten wurde trotz Stundenreduktion während des Krisenjahres 2009 nicht verringert und wächst seitdem überdurchschnittlich stark; dies gilt auch für die konjunkturell schwierigen Jahren 2012 bis 2014. Die Arbeitslosigkeit steigt jedoch seit Mitte 2011, die Anzahl der Arbeitslosen ist im historischen Kontext für Österreich sehr hoch. Die Arbeitslosenquote stieg zuletzt ebenso an, Österreich weist aber nach Deutschland nach wie vor die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in der EU aus. Der österreichische Arbeitsmarkt ist trotzdem weiterhin von hoher Flexibilität, positivem sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleich und wohlgedachten arbeitspolitischen Maßnahmen (z. B. Kurzarbeitsregelung) gekennzeichnet und somit eine Stütze der österreichischen Wirtschaft.

Abgesehen von den klassischen Arbeitsmarktindikatoren liegt Österreich auch bei alternativen Indikatoren, etwa zur Messung der sozialen Stabilität (z. B. Häufigkeit von Streiks), weltweit im Spitzenfeld.

Grafik 3

### Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich



Quelle: Eurostat.

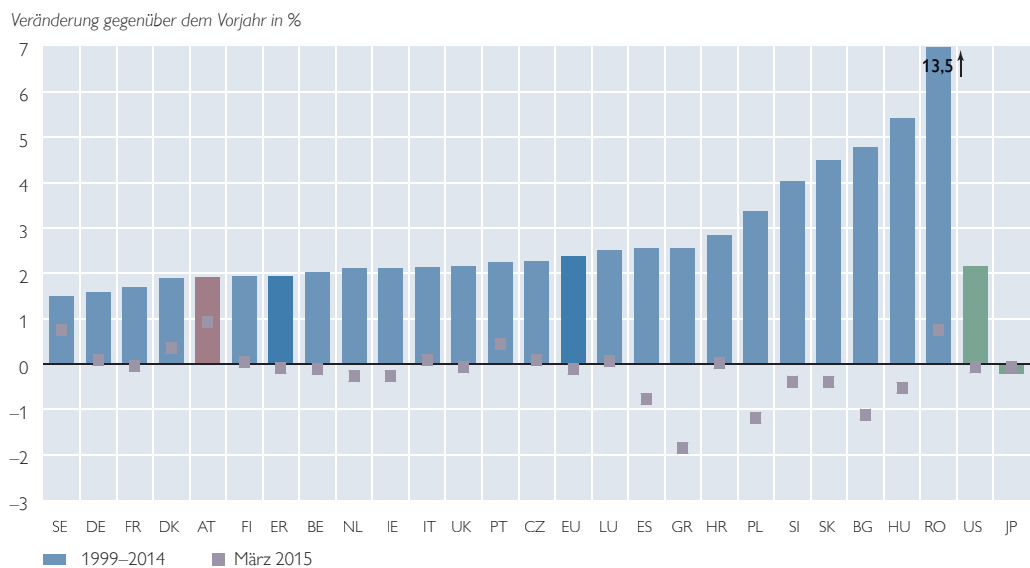
Anmerkung: GR und UK: Dezember 2014; HU und JP: Jänner 2015; ER=Euroraum.

### Inflation im historischen Vergleich niedrig, im Vergleich der Euroraumländer aber hoch

Seit der Einführung des Euro im Jänner 1999 ist es der EZB gelungen, das gesetzte Preisstabilitätsziel einer Inflation von nahe, aber unter 2% zu erreichen. Trotz des klaren Anstiegs der Inflation vor der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 und in der

Grafik 4

### HVPI-Inflationsrate im internationalen Vergleich



Quelle: Eurostat, Statistics Bureau of Japan, U.S. Bureau of Labor Statistics.

Anmerkung: ER=Euroraum.

Erholungsphase 2011 sowie dem Rückgang Mitte 2009 und zu Jahresbeginn 2015 lag die durchschnittliche HVPI-Inflationsrate im Euroraum und in Österreich bei 1,9%. Beim Vergleich der HVPI-Inflationsentwicklung des Euroraums und jener Österreichs zeigt sich, dass im Zeitraum seit der Einführung des Euro bis zum Jahr 2009 die Inflation in Österreich konstant unter jener des Euroraums lag. Während sich die Inflation zwischen 2009 und 2012 ähnlich entwickelte, liegt diese in Österreich seit September 2012 über dem Euroraum-Durchschnitt. Dies kann wie schon beim BIP-Wachstum auf die Inflationsentwicklung in einigen Euroraumländern zurückgeführt werden, die zurzeit eine Phase sinkender Preis- und Lohnwachstumsraten bzw. Preis- und Lohnrückgänge verzeichnen, um ihre Wettbewerbssituation zu verbessern. Diese Länder drücken derzeit den Euroraum-Durchschnitt. Gleichzeitig erklärt sich das Differenzial durch inländische Phänomene, etwa einen vergleichsweise starken Preisanstieg im Dienstleistungsbereich (Hotel, Gastronomie) sowie bei staatlichen Gebühren und Abgaben. Eine länger andauernde Deflationsphase im Euroraum und auch in Österreich wird trotz des deutlich gesunkenen Ölpreises derzeit ausgeschlossen.

### Preisanstieg auf dem österreichischen Immobilienmarkt, aber keine Überhitzung

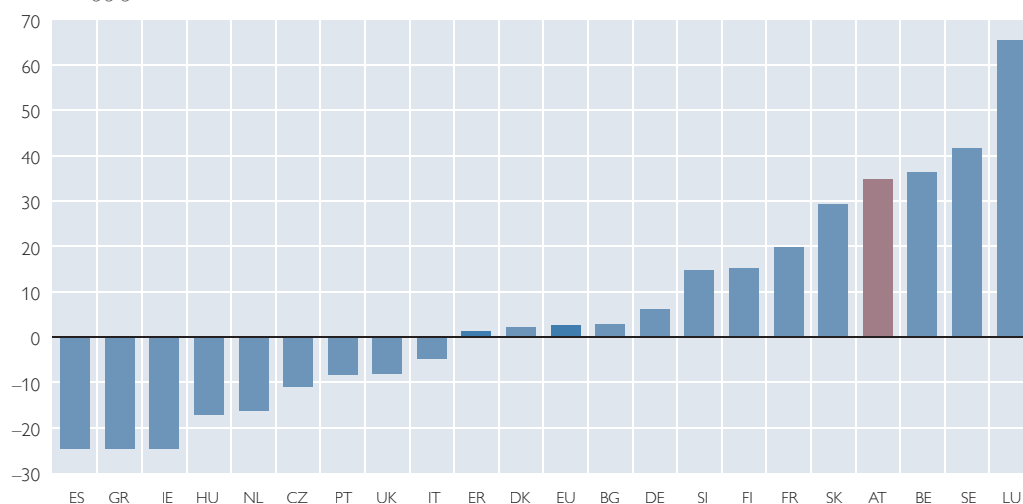
Die Immobilienpreise Österreichs sind im Zeitraum 2004 bis 2014 im Euroraum- und EU-Vergleich deutlich gestiegen (vergleichbare Daten auf EU-Ebene sind erst ab 2004 verfügbar). Allerdings blieb Österreich von Entwicklungen wie in Spanien, Irland oder Zypern verschont, wo es zum Aufbau und letztlich auch zum Platzen von Immobilienpreisblasen kam, die in der Veränderung von 2004 bis 2014 so nicht erkennbar sind.

Die OeNB verfolgt die Preisentwicklung am österreichischen Immobilienmarkt genau. Im Jänner 2014 wurde ein Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien präsentiert, der die Entwicklung der Immobilienpreise mit ausgewählten ökonomischen Fundamentalindikatoren in Verbindung setzt.

Grafik 5

### Entwicklungen der realen Immobilienpreise in der EU im Zeitraum 2004 bis 2014

Veränderung gegenüber 2004 in %



Quelle: EZB.

Anmerkung: HU: 2004–2011; CZ, PT, IT, DK, BE, LU: 2004–2013; keine Daten für RO, PL; ER=Euroraum.

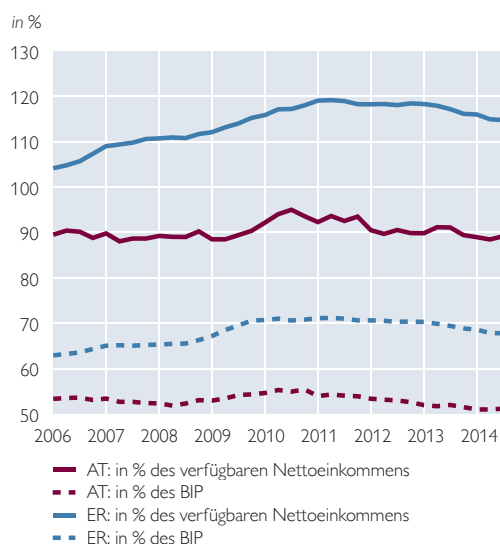
### Finanzvermögen hoch, Verschuldung der privaten Haushalte und Unternehmen moderat und stabil

Im Jahr 2014 flossen 7,6% des netto verfügbaren Einkommens des Haushaltssektors in die Ersparnisbildung. Per Jahresultimo 2014 hatten die privaten Haushalte Geldvermögen im Ausmaß von rund 557,2 Mrd EUR (fast 173% des BIP) aufgebaut. Die privaten Haushalte sind somit wichtige Kapitalgeber für die anderen volkswirtschaftlichen Sektoren.

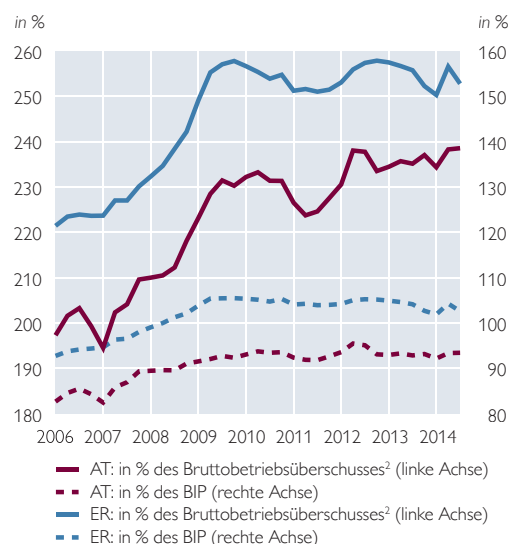
Gemessen am BIP war der österreichische Haushaltssektor im zweiten Quartal 2014 im Ausmaß von 50,7% verschuldet. Dieser Wert liegt deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt von 61,3%. Die Unternehmensverschuldung lag in Österreich im zweiten Quartal 2014 mit 229,7% des Bruttobetriebsüberschusses bzw. 89,9% des BIP ebenfalls unter dem Euroraum-Durchschnitt von 248,0% (relativ zum Bruttobetriebsüberschuss) sowie 100,7% (relativ zum BIP).

Grafik 6

#### Verschuldung der privaten Haushalte



#### Verschuldung des Unternehmenssektors<sup>1</sup>



Quelle: Euroraumdaten: EZB, Österreich-Daten: OeNB.

<sup>1</sup> Kurzfristige und langfristige Kredite, Geld- und Kapitalmarktpapiere.

<sup>2</sup> Inklusive Einkommen aus Selbstständigkeit.

Anmerkung: ER=Euroraum.

## 1.2 Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft gerät unter Druck

### Starke Beschäftigungsentwicklung drückt Produktivität

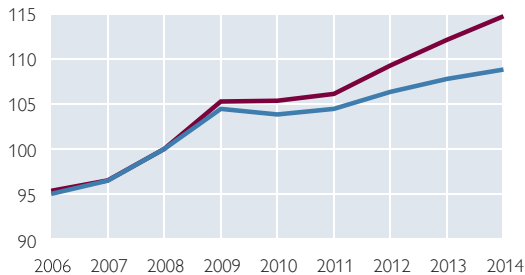
Infolge der Krise büßte Österreich, bedingt durch eine vergleichsweise schwache Produktivitätsentwicklung, an preislicher Wettbewerbsfähigkeit ein. Durch Labour Hoarding der Unternehmen während der Krisenjahre, eine bessere Konjunktur-entwicklung 2010/11 sowie die verspätete Öffnung des Arbeitsmarkts 2011 stieg die Beschäftigung (gemessen in Köpfen) deutlich stärker an als im Euroraum. Diese Entwicklung setzte sich auch in den konjunkturell schwachen Jahren 2012–2014 fort. Österreich verliert infolgedessen sowohl bei den Lohnstückkosten als auch bei der Produktivität pro Erwerbstätigen relativ zum Euroraum. Büße der

Grafik 7

## Internationale Wettbewerbsfähigkeit

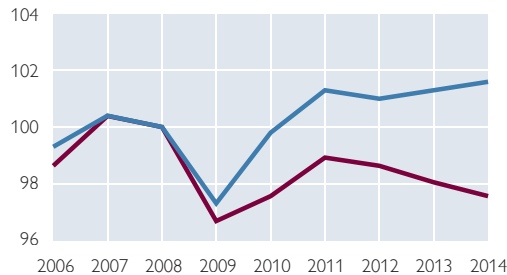
### Reale Lohnstückkosten

2008=100



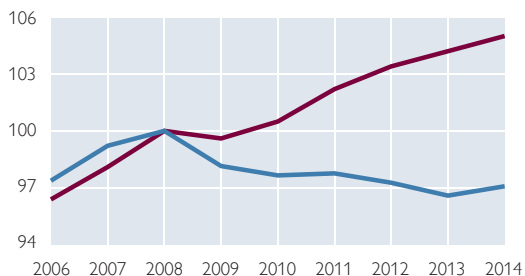
### Produktivität pro Erwerbstätigen

2008=100



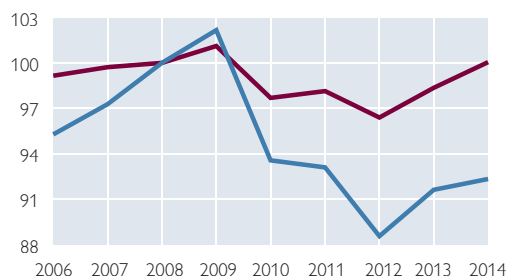
### Beschäftigung

2008=100



### Real-effektiver Wechselkurs (VPI)

2008=100



— Euroraum — Österreich

Quelle: Eurostat.

Euroraum vor der Krise dem real-effektiven Wechselkurs (deflationiert mit dem VPI) folgend noch an Wettbewerbsfähigkeit ein, so gewann er zwischen 2009 und 2012 an Wettbewerbsfähigkeit, während der real-effektive Wechselkurs für Österreich beinahe unverändert blieb. Somit verlor Österreich im Vergleich zum Euroraum auch in dieser Hinsicht. In den Jahren 2013/14 wertete der real-effektive Wechselkurs für Österreich und den Euroraum auf, die Wettbewerbsfähigkeit verschlechterte sich somit. Seit September 2012 weist Österreich zudem höhere Inflationsraten als der Euroraum und die wichtigsten Handelspartner, Deutschland und Italien, aus. Dieses Inflationsdifferenzial führt mittelfristig zu einer realen Aufwertung der österreichischen Wirtschaft und wird in den kommenden Jahren die Wettbewerbsposition Österreichs weiter dämpfen.

### Regional ausgewogene Exportstruktur, geringes Währungsrisiko

Im Jahr 2014 exportierte Österreich rund die Hälfte der produzierten Waren in den Euroraum. Dieser Teil war somit keinem Wechselkursrisiko ausgesetzt. Für österreichische Exporteure ist Deutschland mit einem Anteil von knapp 30% an den gesamten Güterexporten nach wie vor die mit Abstand wichtigste Exportdestination. Auf den weiteren Rängen folgen Italien, die USA, die Schweiz und Frankreich. Seit Mitte der 1990er-Jahre (1995: 63%) ging der Anteil der Exporte in den Euroraum konstant zurück. Gleichzeitig wuchs der Anteil der Warenexporte nach Zentral-, Ost- und Südosteuropa (1995: 14%; 2014: 22%). Ebenso nahmen die Exporte in die dynamischen Volkswirtschaften Asiens – China, Indien, Korea – zu. Als positiv erweist sich die Branchenvielfalt im österreichischen

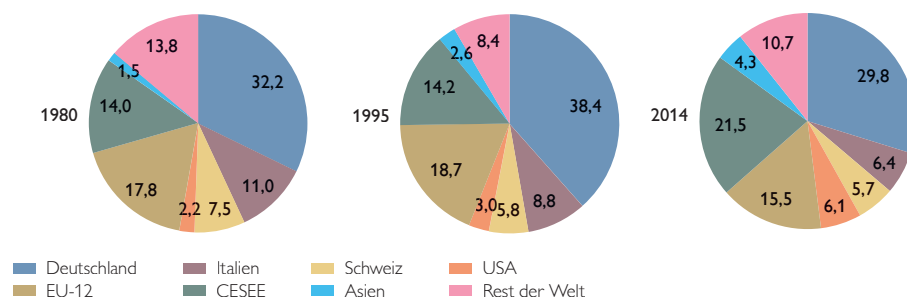
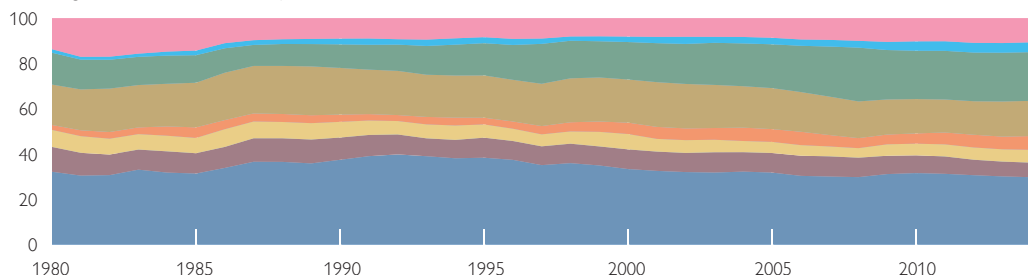
Außenhandel. Mit einem Anteil von 39% an den Gesamtexporten liegt der Schwerpunkt auf *Maschinenbauerzeugnissen und Fahrzeugen*. Weitere Stützen stellen die Bereiche *Bearbeitete Waren, Chemische Erzeugnisse* und *Sonstige Fertigwaren* dar, die gemeinsam rund 47% der Güterexporte ausmachen.

Angesichts eines Warenanteils von 72% an den Exporten hängt die österreichische Exportleistung in erster Linie von der Warenausfuhr ab, aber auch die Dienstleistungsexporte spielen eine wesentliche Rolle. So ist die Tourismusbranche traditionell ein wichtiger Pfeiler der österreichischen Wirtschaft. Aber auch Technologiedienstleister sind im Lauf der Zeit zu einem wichtigen Exportfaktor geworden. Laut Technologiezahlungsbilanz bringt es Österreich im Bereich des Technologie- und Know-how-Transfers pro Jahr auf Nettoexporte im Wert von rund 3 Mrd EUR oder 1% des BIP, womit Österreich im Ranking vor Finnland, Deutschland und Japan liegt. Die Exportkategorie mit den höchsten Zuwachszahlen und damit Exportführer sind Computerdienstleistungen; sie haben den traditionell führenden Architekten- und Ingenieursdienstleistungen den Rang abgelassen. Langfristig betrachtet verzeichnen auch die Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen hohe Zuwächse, allerdings mit starken Einbußen infolge der Finanz-, Budget- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre. Neben den IT-Dienstleistern dominieren Sachgütererzeuger den internationalen Technologietransfer, vor allem Firmen in der Elektronikindustrie und im Bereich Maschinenbau. Regional betrachtet ist Österreich ein Nettoexporteur technologischen Know-hows in die Schweiz, nach Russland und China. Hingegen importiert Österreich per saldo Technologie-Know-how aus dem angloamerikanischen Raum.

Grafik 8

### Österreichische Güterexporte nach Regionen 1980–2014

in % der gesamten nominellen Güterexporte



Quelle: Statistik Austria.

Anmerkung: Asien: CN, JP, KR;

EU-12: BE, DK, FI, FR, GR, IE, LU, NL, PT, ES, SE, UK;

CESEE: BG, EE, LV, LT, PL, RO, SK, SI, CZ, HU, AL, BA, HR, ME, RS, BY, MD, RU, UA.

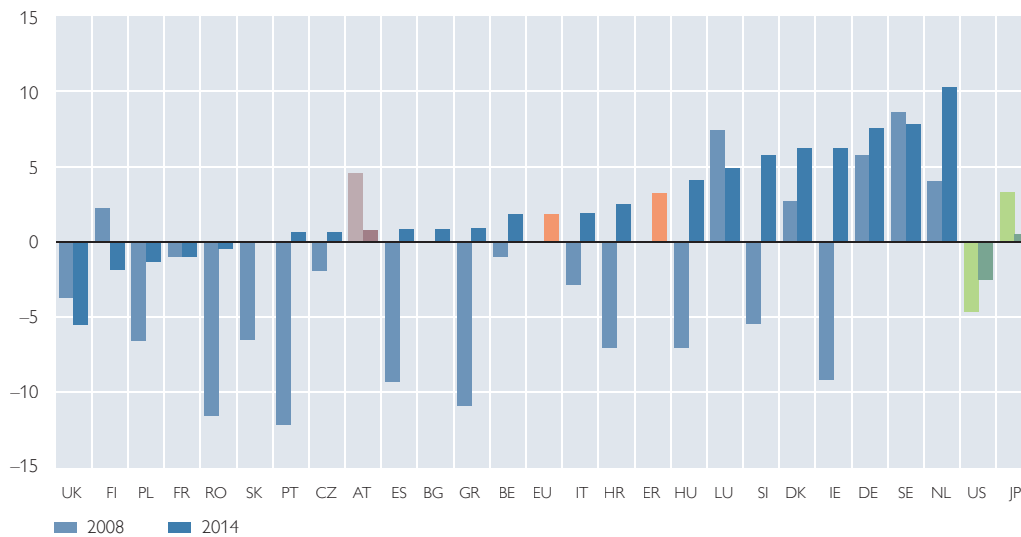
### Leistungsbilanzüberschüsse als Ausdruck internationaler Wettbewerbsfähigkeit

Österreich erwirtschaftet seit 2002 jährliche Leistungsbilanzüberschüsse, d. h. es werden mehr Güter und Dienstleistungen exportiert als importiert. Im Jahr 2014 verzeichnete Österreich Überschüsse im Ausmaß von 0,8% des BIP, verglichen mit 3,2% für den Euroraum und 1,8% für die EU. Den aktuellen Prognosen zufolge wird Österreich künftig weiterhin Leistungsbilanzüberschüsse ausweisen.

Grafik 9

#### Leistungsbilanzsalden

in % des BIP



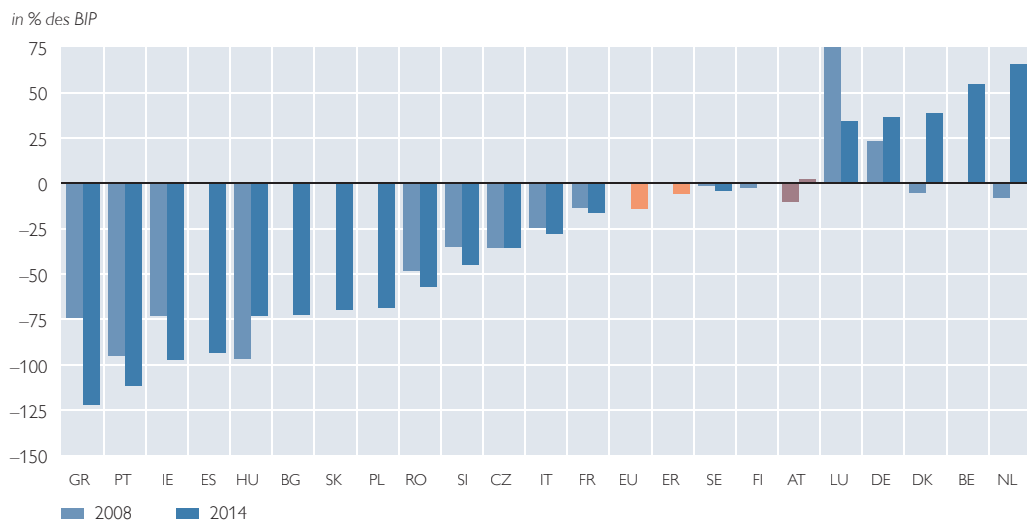
Quelle: Eurostat.

Anmerkung: BPM6; Daten von LU und PL: 2013; IE: 2007; GR: 2009; US und JP 2013: Ameca; ER=Euroraum.

### Österreichs Nettoverschuldung im Ausland rückläufig

Aufgrund der anhaltenden Leistungsbilanzüberschüsse konnte Österreich seine negative internationale Vermögensposition (Nettoverschuldung im Ausland) in den letzten Jahren sukzessive verbessern und im Jahr 2014 erstmals einen Überschuss in Höhe von 7,05 Mrd EUR (2,1% des nominellen BIP) verzeichnen. Die Nettoverschuldung des Euroraums lag bei 5,9%, die der EU (ohne UK und Kroatien) bei 13,8% (2013).

### Nettovermögensposition



### 1.3 Öffentliche Finanzen: Maastricht-Defizit und Schuldenstand geringer als im Euroraum-Durchschnitt

Wie in allen Ländern Europas nahm während der Finanz- und Wirtschaftskrise auch in Österreich die Neuverschuldung zu. Österreich konnte die Neuverschuldung aber bereits 2011 wieder unter die 3-Prozent-Maastricht-Grenze bringen. 2014 verschlechterte sich der Budgetsaldo aufgrund von Vermögenstransfers zur verstaatlichten Hypo Group Alpe Adria merklich und lag bei  $-2,4\%$  des BIP. Für 2015 wird eine deutliche Verbesserung erwartet.

Die Umstellung auf ESVG 2010 hatte erhebliche Auswirkungen auf das Niveau der öffentlichen Verschuldung in Österreich. Auf Basis der ESVG-2010-Zahlen lag die Gesamtverschuldung im Jahr 2007 bei  $64,8\%$  des BIP. Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise stieg die Verschuldung zwischenzeitlich auf  $82,4\%$  an (2010), bis zum Jahr 2013 ging sie jedoch wieder auf  $81,2\%$  des BIP zurück. Weitere Kapitaltransfers an verstaatlichte Banken ließen die Gesamtverschuldung 2014 auf  $84,5\%$  ansteigen.

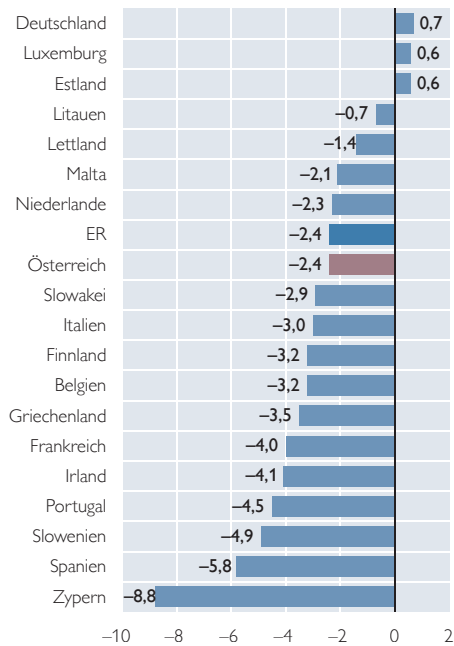


Grafik 11

### Budgetsalden der EU-Mitgliedstaaten 2014

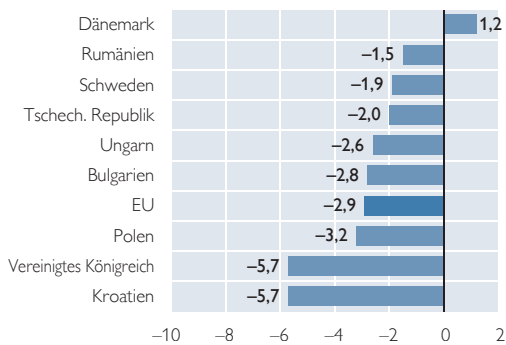
#### Euroraum

in % des BIP



#### Nicht-Euroraum

in % des BIP



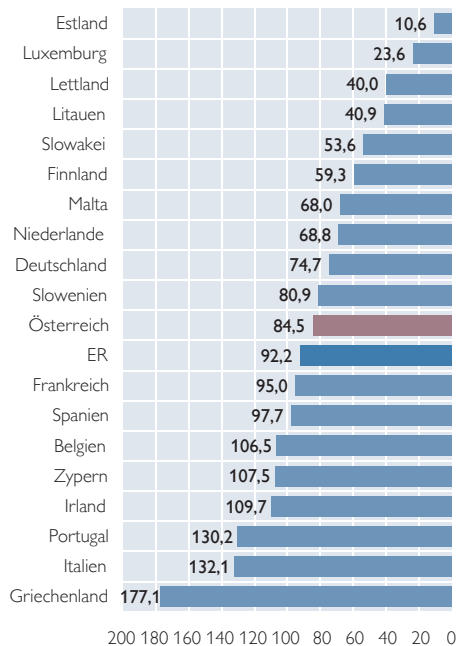
Quelle: Eurostat.

Grafik 12

### Öffentliche Verschuldung der EU-Mitgliedstaaten 2014

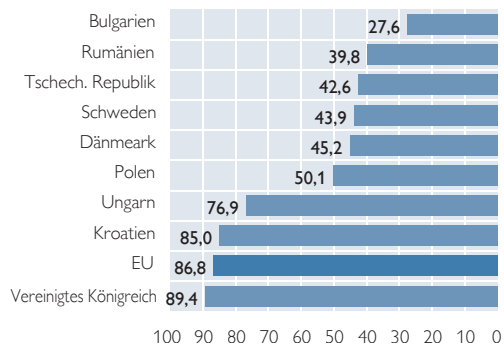
#### Euroraum

in % des BIP



#### Nicht-Euroraum

in % des BIP



Quelle: Eurostat.

### Steuerreform 2015 – Maßnahmen sowie Effekte auf BIP und Budgetsaldo

Im Ministerrat wurden im März 2015 die Grundzüge einer Steuerreform für 2016 beschlossen. Das Volumen von expansiven Maßnahmen und der Gegenfinanzierung beträgt jeweils knapp über 5 Mrd EUR. Die expansiven Maßnahmen bestehen größtenteils aus einer Einkommensteuersenkung durch niedrigere Grenzsteuersätze, höhere Absetzbeträge und höhere Negativsteuerbeträge. Die Gegenfinanzierung erfolgt vor allem durch Betrugsbekämpfung und Steuererhöhungen. Aufgrund der Art der Maßnahmen (z. B. dass Einkommensteuererklärungen im Nachhinein erfolgen) wird 2016 nicht das gesamte Volumen der expansiven und restriktiven Maßnahmen schlagend werden. Zudem ist bei einigen Gegenfinanzierungsmaßnahmen fraglich, ob tatsächlich das volle Volumen realisiert werden kann.

#### Geschätzte Effekte des Reformpakets

	2016	2017
	in % des BIP	
Volumen in Simulation	-0,8	-0,7
	Veränderung zum Basisszenario in Prozentpunkten	
BIP-Wachstum	0,4	0,1
Budgetsaldo	-0,6	-0,4

Quelle: Ministerrat, OeNB.

#### Überblick über Reformpaket

	in Mrd EUR	in % des BIP
Expansive Maßnahmen	5,2	1,5
Tarifreform	4,9	1,4
Sonstiges	0,3	0,1
Offizielle Gegenfinanzierung	5,2	1,5
Betrugsbekämpfung	1,9	0,5
Sonstige steuerliche Maßnahmen	1,3	0,4
Ausgabenkürzungen	1,1	0,3
„Selbstfinanzierung“	0,9	0,2

Die OeNB hat die Auswirkungen der Steuerreform auf das BIP-Wachstum und den Budgetsaldo simuliert. In dieser Simulation wurden für die Betrugsbekämpfung 50% und für die Ausgabenkürzungen etwa zwei Drittel des anvisierten Betrags unterstellt. Ausgehend davon ergibt sich ein kumulierter BIP-Effekt von etwa ½% sowie eine Verschlechterung des Budgetsaldos um etwa ½% des BIP (unter Berücksichtigung der teilweisen „Selbstfinanzierung“ durch den Effekt des höheren BIP auf die automatischen Stabilisatoren).

### Österreich erreichte 2014 das mittelfristige Haushaltsziel („präventiver Arm“)

Nach Defiziten von über 3% des BIP in den Jahren 2009 und 2010 verzeichnet Österreich für 2011 bis 2014 Defizitquoten unter 3% des BIP. Das Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits (ÜD-Verfahren) für Österreich wurde im Frühjahr 2014 beendet.

Da Österreich sich zum Zeitpunkt der Operationalisierung des Schuldenkriteriums (Ende 2011) in einem ÜD-Verfahren befand, greift die neue „1/20“-Regel erst ab 2017. In der Übergangsphase muss Österreich sicherstellen, dass es bis 2016 einen strukturellen Saldo aufweist, der mit der Erfüllung der „1/20“-Benchmark konsistent ist. Nach Einschätzung der Europäischen Kommission erfüllt Österreich nach derzeitigem Stand diese Vorgabe.

Nach der Beendigung des ÜD-Verfahrens gelten für Österreich nun die Vorgaben des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Laut Schätzung der OeNB dürfte Österreich 2014 bis das mittelfristige Haushaltsziel (MTO) von -0,45% des BIP annähernd erreicht haben und muss somit 2015 keine weiteren größeren Anpassungsschritte mehr setzen. Durch die Steuerreform 2016 könnte es allerdings wieder zu einer signifikanten Abweichung vom MTO kommen und somit zu einem gewissen Konsolidierungsbedarf. Der strukturelle Zielwert von -0,45% des BIP wurde auch ab 2017 in die nationale Gesetzgebung als Anker implementiert.

Tabelle 1

**Anforderungen im Rahmen der europäischen Fiskalregeln**

	Stand	2010	2011	2012	2013	2014	Quelle	Anforderung
		<i>in % des BIP</i>						
<b>Budgetsaldo</b>	März 2015	-4,5	-2,6	-2,2	-1,3	-2,4	Statistik Austria, OeNB	>= -3% of GDP
<b>Schuldenstand</b>	März 2015	82,4	82,1	81,5	80,9	84,5	Statistik Austria, OeNB	ab 2017: Reduktion der Differenz zu 60% durchschnittlich um 1/20 pro Jahr
<b>Struktureller Saldo</b>	März 2015	-3,0	-2,4	-1,8	-1,2	-0,5	EK <sup>1</sup> , OeNB (2014)	Verbesserung um 0,6% des BIP pro Jahr, bis MTO von -0,45% des BIP erreicht wird

Quelle: Statistik Austria, OeNB, Europäische Kommission (EK).

<sup>1</sup> Bis 2013 laut EK-Winterprognose 2015 (bereinigt um spätere Revisionen der Budgetsalden von 2011 bis 2013).

**Österreich ohne nennenswerte Ungleichgewichte im Scoreboard**

Seit 2012 erstellt die Europäische Kommission einen jährlichen *Alert Mechanism Report* (AMR), der der frühzeitigen Erkennung und Behebung makroökonomischer Ungleichgewichte in der EU dient. Im Rahmen eines aus mittlerweile elf ausgewählten makroökonomischen Indikatoren bestehenden „Scoreboards“ wurden Schwellenwerte festgelegt, deren Über- bzw. Unterschreitung eine tiefgehende qualitative Analyse der betroffenen Volkswirtschaft zur Folge hat und in entsprechende wirtschaftspolitische Empfehlungen der Europäischen Kommission mündet. Der *Alert Mechanism Report* ist somit Teil des neu eingeführten Europäischen Semesters. Österreich schneidet im Jahr 2015 – trotz der Überschreitung zweier Schwellenwerte im Scoreboard – sehr gut ab. Insgesamt liegen keine Ungleichgewichte vor, die vertiefende Analysen der Europäischen Kommission nach sich ziehen würden.

Tabelle 2

**Scoreboard der Macroeconomic Imbalance Procedure (2013)**

Indikator	Schwellenwert	Ausprägung Österreich	Überschreitung Österreich
3-Jahres-Durchschnitt des Leistungsbilanzsaldos in % des BIP	+6/-4	1,4	Nein
Nettoauslandsvermögensposition in % des BIP	-35	-0,2	Nein
Prozentuelle Veränderung (3 Jahre) des real-effektiven Wechselkurses	+/-5 (ER)	0,7	Nein
Prozentuelle Veränderung (5 Jahre) der Exportmarktanteile	+/-11 (Nicht-ER)	-17,0	Ja
Prozentuelle Veränderung (3 Jahre) der nominellen Lohnstückkosten	-6	6,4	Nein
Veränderung der deflationierten Immobilienpreise, gegenüber dem Vorjahr in %	+9 (ER)	2,9	Nein
Kreditaufnahmen des privaten Sektors in % des BIP	+12 Nicht-ER	0,2	Nein
Verschuldung des privaten Sektors in % des BIP	6	125,5	Nein
Staatsverschuldung in % des BIP	15	81,2	Ja
3-Jahres-Durchschnitt der Arbeitslosenrate	160	5,0	Nein
Jährliche Veränderung der unkonsolidierten Verpflichtungen des Finanzsektors	10	-3,6	Nein

Quelle: Eurostat.

### Österreich behauptet sich im Vergleich zu den europäischen Peer-Ländern

Länder mit dem international bestmöglichen Rating AAA sind 2015 nicht mehr eine optimale Peer-Gruppe für Österreich, denn mit Ausnahme von Deutschland und Luxemburg hält kein einziges Euroraumland ein solches Rating. Die hier dargestellten Peer-Länder setzen sich aus den drei größten Volkswirtschaften im Euroraum – Deutschland, Frankreich und Italien – sowie sechs Volkswirtschaften zusammen, die von Größe und Struktur mit Österreich vergleichbar sind und sowohl innerhalb als auch außerhalb des Euroraums liegen: die Niederlande, die Schweiz, Schweden, Belgien, Finnland und die Tschechische Republik.

Tabelle 3

#### Österreich und AAA-Länder im Vergleich

	DE	FR	IT	NL	CH	SE	BE	AT	FI	CZ
<i>Reales BIP-Wachstum, Veränderung zum Vorjahr in %</i>										
2015	1,6	1,2	0,5	1,6	0,8	2,7	1,3	0,9	0,8	2,5
2016	1,7	1,5	1,1	1,6	1,2	2,8	1,5	1,6	1,4	2,7
<i>Konsumentenpreisindex, Veränderung zum Vorjahr in %</i>										
2015	0,2	0,1	0,0	-0,1	-1,2	0,2	0,1	1,1	0,6	-0,1
2016	1,3	0,8	0,8	0,9	-0,4	1,1	0,9	1,5	1,6	1,3
<i>Arbeitslosenquote, in % der Erwerbstätigen</i>										
2015	4,9	10,1	12,6	7,2	3,4	7,7	8,4	5,1	8,7	6,1
2016	4,8	9,9	12,3	7,0	3,6	7,6	8,2	5,0	8,5	5,7
<i>Leistungsbilanzsaldo, in % des nominellen BIP</i>										
2015	8,4	-0,1	2,6	-1,9	5,8	6,3	2,3	1,9	-0,3	1,6
2016	7,9	-0,3	2,5	-0,7	5,5	6,3	2,4	1,8	-0,3	0,9
<i>Budgetsaldo, in % des BIP</i>										
2015	0,3	-3,9	-2,6	-1,4	-0,4	-1,3	-2,9	-1,7	-2,4	-1,4
2016	0,4	-3,5	-1,7	-0,5	-0,2	-0,6	-2,1	-1,7	-1,8	-1,2
<i>Staatsverschuldung, in % des BIP</i>										
2014	69,5	97,0	133,8	67,5	45,9	41,1	106,6	88,8	61,7	42,0
2019	66,6	98,1	132,9	65,6	45,6	39,6	106,2	87,4	62,8	42,0

Quelle: IWF: World Economic Outlook, April 2015.

Auf Basis der IWF-Frühjahrsprognose vom April 2015 liegt das BIP-Wachstum in Österreich 2015 hinter den meisten Peer-Ländern, Österreich kann diesen Wachstumsunterschied aber bis 2016 wieder wettmachen. Einer der Hauptgründe für das derzeit vergleichsweise schwache Wachstum liegt in einer relativ höheren Inflation in Österreich – dies zeigt sich ebenso in der IWF-Prognose. Der IWF erwartet für Österreich sowohl 2015 als auch 2016 unter den ausgewählten Staaten die höchste Inflation. Im Gegensatz dazu zeichnet sich der österreichische Arbeitsmarkt im internationalen Vergleich durch eine sehr geringe Arbeitslosenquote aus. Lediglich die Schweiz und Deutschland liegen hier vor Österreich. Beim Leistungsbilanzsaldo weist Österreich einen geringfügig positiven Wert aus. Die Niederlande und Deutschland, aber auch Schweden, die Schweiz und Italien erzielen einen höheren Saldo. Einzig Frankreich und Finnland weisen ein Leistungsbilanzdefizit aus. Der Budgetsaldo und die Gesamtverschuldung sind in diesem Vergleich im Mittelmaß, auffallend ist jedoch die fehlende Verbesserung des Budgetsaldos zwischen 2015 und 2016.

## 2 Österreichische Banken weiterhin vor großen Herausforderungen – Neue Aufsichtspolitik zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität

### 2.1 Identifizierte Risiken für Finanzmarktstabilität bleiben bestehen – Kapitalisierung und Liquidität verbessern sich weiter

#### Herausforderndes Umfeld für österreichische Banken bleibt bestehen

Die europäischen Banken waren auch 2014 mit einem schwachen Wirtschaftswachstum, höheren Kreditrisikovorsorgen, einem niedrigen Zinsniveau und daher mit einer geringen Profitabilität konfrontiert. Sowohl der Ausblick für das Wirtschaftswachstum im Euroraum als auch für den CESEE-Raum bleibt mit Abwärtsrisiken behaftet. Die geopolitischen Spannungen rund um Russland und die Ukraine wirken sich insbesondere auf CESEE und damit auch auf die Aktivitäten der österreichischen Banken aus.

#### Periodenergebnis der österreichischen Banken kam 2014 wieder in positiven Bereich

Im Jahr 2014 fiel das konsolidierte Periodenergebnis der österreichischen Banken (inklusive Auslandstöchter) mit 1,4 Mrd EUR wieder positiv aus, nachdem im Jahr 2013 erstmalig ein Verlust von –1,0 Mrd EUR verzeichnet worden war. Die Gesamtkapitalrentabilität betrug somit 0,1 %. Allerdings ist anzumerken, dass die Verluste der Hypo Alpe Adria Bank International aufgrund der laufenden Abwicklung in diesen Zahlen nicht mehr enthalten sind. Die wichtigsten Erträge aus dem operativen Geschäft, das Zins- und das Provisionsergebnis, fielen im Jahr 2014 besser aus als im Vorjahr. Dies ist auf leicht steigende Zinsmargen sowie einen Rückgang der Risikoaversion der Anleger zurückzuführen. Positiv wirkte sich auch der Rückgang der Abschreibungen bei einer Bank aus. Die auf weiterhin hohem Niveau liegenden Kreditrisikovorsorgen gingen zwar zurück, diese Reduktion ist aber erneut durch den Wegfall der mittlerweile restrukturierten Hypo Alpe Adria Bank International bedingt, was eine anhaltend angespannte Kreditqualität widerspiegelt.

Im Jahr 2013 war das negative Periodenergebnis insbesondere auf Firmenwertabschreibungen von CESEE-Tochterbanken und Verlusten bei der Hypo Alpe-

Tabelle 4

#### Gewinn- und Verlustrechnung österreichischer Banken, konsolidiert

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
<i>in Mrd EUR</i>							
Nettozinserträge	19,3	19,5	20,4	20,4	19,3	18,6	19,3
Einkünfte aus Gebühren und Provisionen	8,5	7,2	7,7	7,6	7,3	7,6	7,7
Handelsergebnis	-2,1	2,6	1,0	0,8	1,1	0,7	0,5
Betriebsergebnis	7,9	15,6	13,5	10,4	12,1	8,0	9,3
Ergebnis nach Steuern	0,6	1,5	4,6	0,7	3,0	-1,0	1,4

Quelle: OeNB.

Anmerkung: 2008 erfolgte ein Strukturbruch in der konsolidierten Meldung.

Adria-Bank International zurückzuführen. Die Korrektur der Firmenwerte, die auch im Jahr 2014 bei einigen Banken Verluste auslösten, reflektiert vor allem die niedrigeren Wachstumserwartungen und das schwächere wirtschaftliche Umfeld in CESEE.

Insgesamt bleiben die identifizierten Risiken für die österreichischen Banken bestehen. Darunter fallen die relative Ertragsschwäche im Inland, die Exponierung gegenüber Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) und die verstärkte Gewinnkonzentration auf einige wenige CESEE-Länder, die unterdurchschnittliche Eigenmittelausstattung wie auch die relative Größe des Bankensystems.

### Eigenmittelquoten weiter verbessert

In den vergangenen Jahren hat sich die Eigenmittelausstattung des österreichischen Bankensystems kontinuierlich verbessert. Ende 2014 lag die durchschnittliche Tier 1-Quote bei 11,8 %. Das entsprach einer Steigerung um mehr als 4 Prozentpunkte seit Ausbruch der Finanzkrise 2008. Die harte Kernkapitalquote lag Ende 2014 ebenfalls bei 11,8 %.

Trotz der Verbesserung der Eigenmittelausstattung sind die österreichischen Banken im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich kapitalisiert. Dies wurde auch durch die Ergebnisse des Comprehensive Assessment der EZB untermauert. In Anbetracht der schrittweisen Einführung der neuen erhöhten Eigenkapitalvorschriften unter Basel III sowie der Risikoexponierung der österreichischen Banken gegenüber CESEE und Fremdwährungskrediten sind die österreichischen Banken weiter angehalten, ihre Risikotragfähigkeit zu stärken. Dies gilt umso mehr, als die Verbesserung der Eigenmittelquoten im Jahr 2014 zum Stillstand kam.

Tabelle 5

### Konsolidierte Kapitalquoten österreichischer Banken

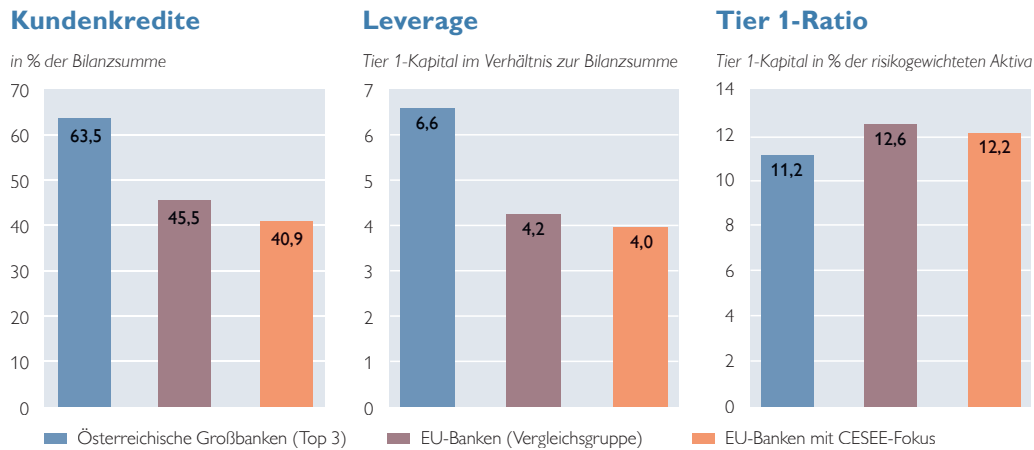
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	<i>in % der risikogewichteten Aktiva</i>						
Solvabilitätsquote	11,0	12,8	13,2	13,6	14,2	15,4	15,6
Kernkapitalquote: Tier 1 capital ratio	7,7	9,3	10,0	10,3	11,0	11,9	11,8
Core tier 1 capital ratio (ab 2014: Core equity tier 1)	6,9	8,5	9,4	9,8	10,7	11,6	11,8

Quelle: OeNB.

Anmerkung: 2008 erfolgte ein Strukturbruch in der konsolidierten Meldung. Da ab 2014 die Kennzahlen auf Basis der CRD IV kalkuliert werden, kommt es zu einer eingeschränkten Vergleichbarkeit mit früheren Werten.

Demgegenüber weisen österreichische Banken eine bessere Leverage Ratio auf als europäische Vergleichsgruppen. Dies ist auf ihr traditionelleres Geschäftsmodell zurückzuführen, d. h. auf den höheren Anteil der Kredite an der Bilanzsumme bei den österreichischen Banken.

Grafik 13



Quelle: OeNB, BankScope.

Anmerkung: Gewichtete Durchschnitte per Mitte 2014.

Kasten 2

### Wesentliche Entwicklungen bei Hypo Group Alpe Adria bzw. HETA Asset Resolution AG seit 2014

Am 11. Juni 2014 wurde vom Ministerrat, den Empfehlungen der Hypo Task Force folgend, der Rechtsrahmen zum Abbau der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG (HBInt.) beschlossen. Dieser sieht die Trennung der Vermögenswerte der Bank in Kern- und Nicht-Kern-Vermögenswerte vor, wobei Letztere in Form einer Abwicklungseinheit, die über keine Bankkonzession verfügt, bestmöglich verwertet werden sollen. Die operative Umsetzung dieser Lösung erfolgte im Herbst 2014 auf Basis zwischenzeitlich geschaffener gesetzlicher Grundlagen. Am 30. Oktober 2014 erließ die österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA) den Bescheid zur Deregulierung der Bank. Gleichzeitig erfolgte die Umbenennung der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG in „HETA Asset Resolution AG“. Als deregulierte Abbaugesellschaft unterliegt sie nun nicht mehr den regulatorischen Mindestkapitalanforderungen.

Zeitgleich erfolgte die Herauslösung der zum Verkauf bestimmten Kernvermögenswerte der Bank und Bündelung in der in Österreich konzessionierten Hypo SEE-Holding, die mittlerweile in Hypo Group Alpe Adria AG umfirmiert wurde. Diese hält nunmehr die Tochterbanken der ehemaligen Hypo Alpe-Adria-Bank International AG in Südosteuropa (SEE), die entsprechend dem durch die Europäische Kommission genehmigten Restrukturierungsplan bis Jahresende 2015 zu verkaufen sind. Am 23. Dezember 2014 wurde von der HETA Asset Resolution AG verlautbart, dass die Verkaufsverhandlungen über das SEE-Netzwerk an ein Bieterkonsortium, bestehend aus dem US-Fonds Advent International und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), abgeschlossen wurden. Der Abschluss dieser Transaktion ist für Mitte 2015 vorgesehen.

Am 27. Februar 2015 informierte die HETA die Aufsichtsorgane sowie ihren Eigentümer, die Republik Österreich, über ihre drohende Zahlungsunfähigkeit auf Basis erster vorläufiger Ergebnisse aus dem Asset Quality Review. Der Bundesminister für Finanzen teilte daraufhin mit, keine weiteren staatlichen Kapital- und Liquiditätsmaßnahmen (nach dem Finanzmarktstabilitätsgesetz) setzen zu wollen. Als Folge leitete die FMA in ihrer Funktion als österreichische Abwicklungsbehörde gemäß dem „Bundesgesetz zur Sanierung und Abwicklung von Banken“ (BaSAG, Umsetzung des neuen europäischen Abwicklungsregimes für Banken) die Abwicklung der HETA per Bescheid ein.<sup>1</sup>

Der am 1. März 2015 von der FMA veröffentlichte Bescheid<sup>2</sup> sieht eine bis 31. Mai 2016 befristete Stundung von Verbindlichkeiten der HETA gegenüber den Gläubigern gemäß BaSAG vor, um die Erstellung eines Abwicklungsplans, der den Zielen des neuen Regimes entspricht, zu ermöglichen.

<sup>1</sup> Abwicklung versus Insolvenz: Im Unterschied zur Insolvenz muss die Abwicklung eines Kreditinstituts bereits bei einem wahrscheinlichen Ausfall angeordnet werden, wenn dies im öffentlichen Interesse ist. Ein wahrscheinlicher Ausfall kann vorliegen, wenn aufgrund objektiver Anhaltspunkte in naher Zukunft von einer Überschuldung bzw. Zahlungsunfähigkeit des Kreditinstituts auszugehen ist. Das Insolvenzverfahren kann hingegen erst bei eingetretener Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eröffnet werden. Während beim Insolvenzverfahren der Sinn und Zweck in der größtmöglichen Gläubigerbefriedigung unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes liegt, dient eine Abwicklung der Aufrechterhaltung kritischer Funktionen, der Vermeidung erheblicher negativer Auswirkungen auf die Finanzstabilität sowie dem Schutz der öffentlichen Mittel und der Einleger. In jedem Fall dürfen Gläubiger des Kreditinstituts durch eine Abwicklung nicht schlechter gestellt werden als bei einer Insolvenz.

<sup>2</sup> Für weiterführende Informationen siehe <https://www.fma.gv.at/de/ueber-die-fma/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen-detail/article/fma-ordnet-per-bescheid-die-abwicklung-der-heta-asset-resolution-ag-gemaess-dem-bundesgesetz-z.html>

## 2.2 Fokus der Aktivitäten österreichischer Banken weiterhin auf Zentral-, Ost- und Südosteuropa

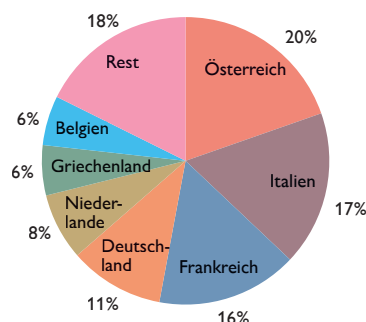
### Österreichische Banken sind bedeutende Auslandsbanken in CESEE

Zu Jahresende 2014 beliefen sich die konsolidierten Auslandsforderungen der mehrheitlich in österreichischem Besitz befindlichen Banken auf rund 288 Mrd EUR, wobei der Fokus des Auslandsgeschäftes mit 185 Mrd EUR auf der CESEE-Region liegt.

Grafik 14

#### Engagement der Banken aus den EU-15-Ländern in CESEE

Q3 14



Quelle: OeNB, BIZ.

#### Entwicklung des Engagements österreichischer Banken in CESEE

Ende 2009 = 100

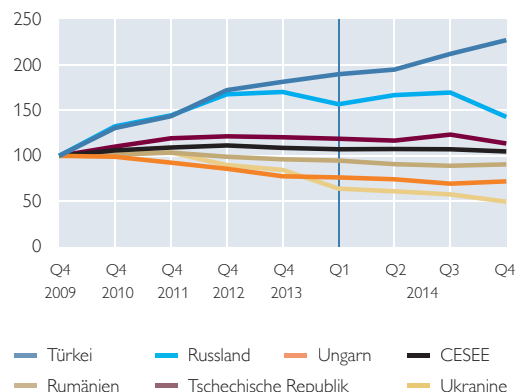




Tabelle 6

## Konsolidierte Auslandsforderungen österreichischer Banken<sup>1</sup>

Stand: 31.12.2014

Vis-à-vis

in Mrd EUR

<b>gegenüber der CESEE- und CIS-Region</b>	<b>184,8</b>
<b>davon Euroländer</b>	<b>31,9</b>
Estland	0,1
Lettland	0,1
Slowakei	26,3
Slowenien	5,5
<b>davon EU-Staaten</b>	<b>124,7</b>
Bulgarien	3,5
Kroatien	18,9
Litauen	0,1
Polen	16,7
Rumänien	25,9
Tschechische Republik	44,2
Ungarn	15,5
<b>davon Staaten außerhalb der EU</b>	<b>28,1</b>
Albanien	1,7
Belarus (Weißrussland)	1,6
Bosnien und Herzegowina	3,4
Mazedonien	0,3
Republik Montenegro	0,4
Republik Serbien	3,6
Russland	12,1
Türkei	1,0
Ukraine	2,8
Rest	1,2
<b>gegenüber ausgewählten westeuropäischen Staaten</b>	
Deutschland	30,6
Frankreich	9,3
Griechenland	0,2
Irland	1,1
Italien	5,7
Niederlande	6,0
Portugal	0,4
Schweden	1,5
Schweiz	5,1
Spanien	2,6
Vereinigtes Königreich	11,9

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> In mehrheitlich inländischem Besitz befindliche Banken.

Die heterogene Entwicklung in CESEE seit der Krise 2008 spiegelt sich in der Profitabilität, Kreditqualität, sowie in der Exposure- bzw. Kreditentwicklung wider. Die österreichischen Banken haben ihr Exposure gegenüber Russland und der Türkei in den letzten Jahren relativ stark ausgeweitet, u. a. auch im Konsumkreditbereich. Zu einem verringerten Exposure der österreichischen Banken kam es gegenüber der Ukraine aufgrund von Tochterbankenverkäufen und Deleveraging.

In den vergangenen Jahren dämpfte die Verschuldungskrise im Euroraum die Konjunkturerwicklung der CESEE-Staaten. Der seit Anfang 2014 andauernde Ukraine-Russland-Konflikt und die damit verbundenen Wirtschafts-sanktionen haben die Unsicherheit nochmals erhöht und trüben speziell das Wirtschaftswachstum in dieser Region. Nichtsdestotrotz ergibt sich aus dem vergleichsweise niedrigeren BIP-pro-Kopf-Level in der Region ein höheres Wachstumspotenzial als in Westeuropa. Vor der Wirtschaftskrise 2009 stieg das Wachstumsdifferenzial der Region zum Euroraum auf über 3 %, in den Krisenjahren 2009 und 2010 sank es auf rund 0,5 % und seit 2011 liegt es relativ konstant zwischen 1 % und 2 %.

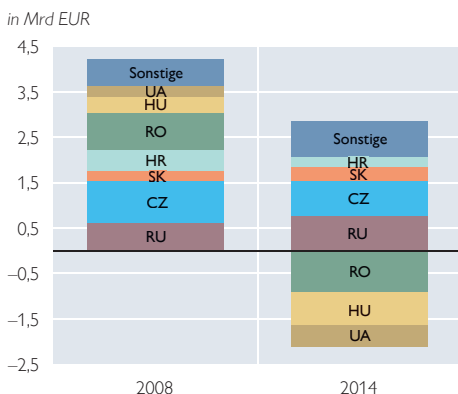
## CESEE-Geschäft liefert trotz rückläufiger Entwicklung insgesamt wichtigen Ergebnisbeitrag

Die Aktivitäten der österreichischen Tochterbanken in CESEE bleiben ein wichtiges Geschäftsfeld, wenngleich die höhere Profitabilität mit höheren Risiken auf einigen Märkten einhergeht. In den letzten Jahren konzentrierten sich die Gewinne vermehrt auf die Tschechische Republik, die Slowakei und auf die vergleichsweise volatileren Märkte Russland und Türkei, was die Notwendigkeit einer nachhaltigen Wachstumsstrategie in der Region unterstreicht.

Das in CESEE erwirtschaftete Periodenergebnis der österreichischen Tochterbanken ist jedoch im Vorjahresvergleich – v. a. aufgrund des erhöhten Risikovor-sorgebedarfs in Rumänien und der Fremdwährungskreditmaßnahmen in Ungarn – gesunken. Ebenso bilden sich die Spannungen rund um Russland und die Ukraine in der Profitabilität der österreichischen Tochterbanken in CESEE ab, der Verlust in der Ukraine weitete sich aus, während die verschlechterte konjunkturelle

Grafik 15

### Periodenergebnisse österreichischer Tochterbanken in CESEE



Quelle: OeNB.

Situation in Russland zu einem sinkenden Periodenergebnis führte (siehe weiter unten zu Entwicklungen in Russland).

Das Periodenergebnis der österreichischen Tochterbanken in CESEE verringerte sich somit im Vorjahresvergleich per Dezember 2014 um 66 % auf 0,7 Mrd EUR (inklusive Joint Venture einer Bank in der Türkei). Der Ausblick für CESEE bleibt für 2015 schwach und dürfte zunehmenden Druck auf die Kreditqualität und die Ertragslage ausüben. Stärkere Währungsabwertungen, wie sie etwa beim russischen Rubel Ende 2014 verzeichnet wurden, schränken die Vorhersehbarkeit der Profitabilität sowie die interne Kapitalgenerierungsfähigkeit der Banken ein. Außerdem bestehen insbesondere für Schwellenländer (z. B. Türkei) Risiken von Kapitalabflüssen im Falle einer unerwarteten „Normalisierung“ der Geldpolitik.

Außerdem bestehen insbesondere für Schwellenländer (z. B. Türkei) Risiken von Kapitalabflüssen im Falle einer unerwarteten „Normalisierung“ der Geldpolitik.

### Ausblick der Profitabilität der österreichischen Banken in Russland mit großen Unsicherheiten behaftet

Die österreichischen Tochterbanken haben in Russland einen Marktanteil von etwa 3%, was knapp 40% des gesamten Marktanteils von Auslandsbanken in Russland ausmacht. Für die in CESEE tätigen österreichischen Banken war in den letzten Jahren das Russland-Geschäft äußerst profitabel, da das Kreditwachstum hoch und die Risikokosten gering waren.

Wenngleich das Ergebnis aus Russland im Vorjahresvergleich um 28% gesunken ist, ist Russland nach wie vor – gemessen an den Gewinnen – nach der Tschechischen Republik einer der bedeutendsten Märkte (760 Mio EUR in 2014Q4 bzw. 26% der positiven Periodenergebnisse in CESEE).

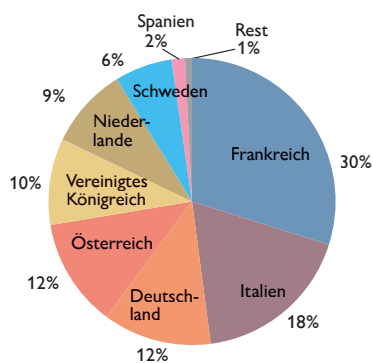
Eine Abkühlung der Konjunktur Russlands zeichnete sich bereits 2012 ab und wurde durch die Unsicherheit rund um den Russland-Ukraine-Konflikt beschleunigt. Angesichts dieses Konflikts beschloss die EU im Jahr 2014 gegenüber Russland restriktive Maßnahmen in mehreren Schritten zu setzen. Diese sollen sowohl den Zugang zum EU-Kapitalmarkt für russische Staatsbanken (mit Ausnahme der russischen EU-Tochterbanken) als auch für

Grafik 16

### Engagement der Banken aus den EU-15 Ländern in Russland

Q3 14

Summe der Auslandsförderungen gegenüber Russland: 126 Mrd EUR



Quelle: BIZ, OeNB.

Anmerkung: Die Exponierung wird hier gemessen am Obligo der Banken, die sich mehrheitlich in inländischem Besitz befinden, gegenüber in Russland ansässigen Kreditinstituten und Nichtbanken.

Erdöl- und Rüstungsunternehmen beschränken. Zusätzlich zu den restriktiven Maßnahmen ist die Wirtschaft Russlands mit einem Ölpreisverfall konfrontiert. Die allgemeine Eintrübung des Geschäftsumfelds, sinkendes Investoren- und Sparervertrauen, die zunehmenden Kapitalabflüsse, die höheren Refinanzierungs- und Kreditrisikokosten, das schwache Kreditwachstum sowie der prognostizierte Wirtschaftseinbruch kamen nicht zuletzt in der starken Rubelabwertung Ende 2014 zum Ausdruck. Marktbeobachter rechnen sogar mit Verlusten für den Gesamtbankensektor im Jahr 2015.

Angesichts dieser Entwicklungen ist der Ausblick hinsichtlich der Profitabilität der österreichischen Banken in Russland mit großen Unsicherheiten behaftet, wenngleich sie 2014 noch relativ hohe Gewinne verbuchten. Die gestiegenen Risiken für die Profitabilität sind besonders in Zusammenhang mit dem allgemeinen Rückgang der Profitabilität österreichischer Tochterbanken in CESEE, der relativen Ertragsschwäche im Inland und der verstärkten Konzentration ihrer Gewinne auf einige wenige Märkte in CESEE zu sehen.

### **2.3 Erweiterter Aufsichtsrahmen als wichtiger Beitrag zu Finanzmarktstabilität**

#### **Makroprudenzielle Aufsicht nimmt Fahrt auf**

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass eine ausschließlich auf Solvenz und Stabilität von einzelnen Finanzmarktteilnehmern ausgerichtete (mikroprudenzielle) Aufsicht sowie eine auf die Preisstabilität fokussierte Geldpolitik alleine keine Gewähr für die Stabilität des Finanzsystems bieten.

Die makroprudenzielle Aufsicht identifiziert und analysiert vorausschauend Risiken für die Stabilität des österreichischen Finanzsystems und schließt damit die Lücke zwischen mikroprudenzieller Aufsicht und Geldpolitik. In diesem Sinn wurde die „Makroprudenzielle Aufsicht“ als neue Säule der Bankenaufsicht im Bankwesengesetz (BWG) verankert (V. Abschnitt (§§ 22–24a BWG)). In Österreich wurde dafür das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) eingerichtet (§§ 13–13b FMABG).

Die Aufgabe des FMSG ist die Stärkung der Zusammenarbeit in makroprudenziellen Fragen und die Förderung der Finanzmarktstabilität. Es setzt sich aus Vertretern des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), des Fiskalrats, der FMA und der OeNB zusammen, wobei das BMF den Vorsitz innehat und die OeNB das Sekretariat stellt.

#### **Diskussion über Systemrisiken im Finanzmarktstabilitätsgremium angelaufen**

Das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) hat in seiner dritten Sitzung am 24. Februar 2015 den Einsatz und die Kalibrierung des Systemrisikopuffers und Systemrelevante-Institute-Puffers zur Adressierung struktureller Systemrisiken im österreichischen Bankensektor besprochen.<sup>2</sup> Die Diskussion basierte auf der ausführlichen Analyse der systemischen Risiken des österreichischen Bankensystems, die vom FMSG in seiner zweiten Sitzung zur Kenntnis genommen wurde.

<sup>2</sup> Für weiterführende Informationen siehe <http://www.fmsg.at/>

Als wesentliche systemische Risiken für die österreichische Finanzmarktstabilität werden vom FMSG identifiziert: der überdurchschnittlich große Bankensektor für eine kleine offene Volkswirtschaft, die hohe Exponierung gegenüber aufstrebenden Volkswirtschaften in Europa, die im Vergleich zu Banken mit ähnlichen Geschäftsmodellen niedrige Kapitalausstattung und die spezifischen Eigentümerstrukturen, die in einer Krise teilweise nur eingeschränkt in der Lage wären, Banken zu rekaptalisieren. Mit Hilfe des Systemrisikopuffers kann Banken, die diesen strukturellen Systemrisiken besonders ausgesetzt sind, zusätzliches Kapital vorgeschrieben werden, um ihre Risikotragfähigkeit zu erhöhen. Das Gremium erwartet durch den Einsatz des Systemrisikopuffers keine negativen Effekte auf das Kreditangebot, wohl aber eine risikoadäquatere Bepreisung von Kreditrisiken. Dadurch wird ein positiver Effekt auf die Stabilität des Finanzsystems erzielt. Für die vierte Sitzung des FMSG soll das Sekretariat des Gremiums einen entsprechenden Vorschlag des FMSG für eine Empfehlung zum Einsatz des Systemrisikopuffers vorbereiten.

### **Makroprudenzielle Maßnahmen in Österreich bereits in der Vergangenheit gesetzt**

Seit mehr als zehn Jahren haben FMA und OeNB die mit Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten verbundenen Risiken aufgezeigt (siehe Kasten 3 zur Entwicklung der Fremdwährungskredite). Im Jahr 2003 wurde die erste Version der FMA-Mindeststandards veröffentlicht. Im Jahr 2006 wurde die erste Ausgabe eines Informationsfolders bei den Banken an potenzielle Kreditnehmer verteilt und im Herbst 2008 von der FMA die Empfehlung abgegeben, keine neuen Fremdwährungskredite an private Haushalte mehr zu vergeben. Im Jahr 2010 haben sich die österreichischen Banken im Rahmen der „Guiding Principles“ in CESEE dazu verpflichtet, von den riskantesten Formen der Fremdwährungskreditvergabe abzusehen. 2010 folgten außerdem eine Erweiterung und 2013 nochmals eine Überarbeitung der FMA-Mindeststandards, unter anderem, um die zwischenzeitlich veröffentlichten ESRB-Empfehlungen zu berücksichtigen (u. a. Anwendung auf konsolidierter Ebene, Reziprozität bzw. Maßnahmen eines anderen Landes sind auch im grenzüberschreitenden Geschäft einzuhalten).

Kasten 3

### Maßnahmen der österreichischen Aufsicht zu Fremdwährungskrediten zeigen Wirkung, die Risiken aus dem Bestand bleiben jedoch bestehen

Am 15. Jänner 2015 gab die Schweizerische Nationalbank (SNB) überraschend die Aufgabe ihres Mindestkurses von 1,20 Schweizer Franken (CHF) pro EUR bekannt. In der Folge wertete der CHF um rund 15 % auf. Dieser Entschluss der SNB ist für die Finanzmarktstabilität Österreichs von erheblicher Relevanz, da das ausstehende CHF-Kreditvolumen nach wie vor relativ hoch ist. Es ist jedoch festzuhalten, dass sich das wechselkursbereinigte Fremdwährungskreditvolumen in Österreich seit 2008 halbierte, was im Besonderen auf den Stopp der Neukreditvergabe an private Haushalte zurückgeführt werden kann.

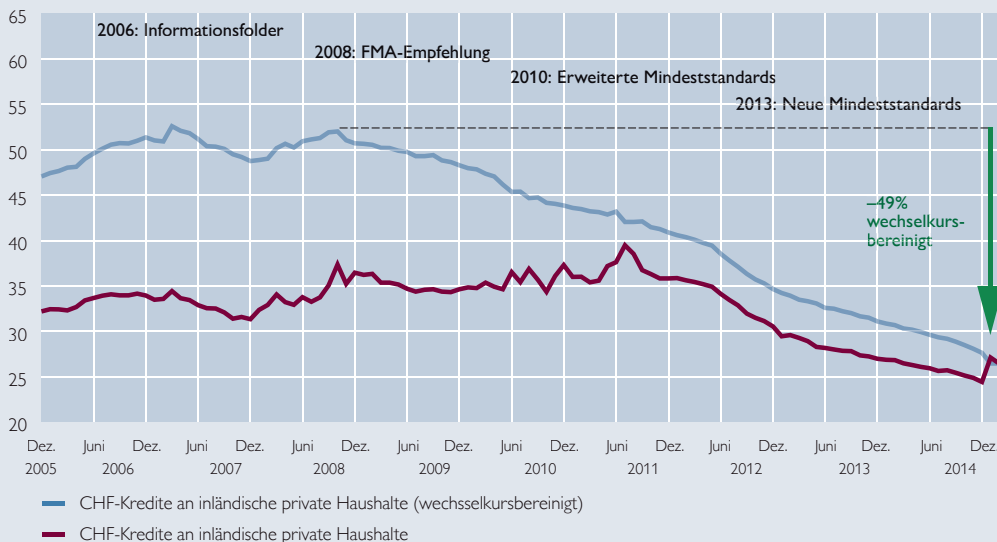
### Rückläufiges Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkreditvolumen in Österreich und CESEE

Wie schon die Jahre zuvor gingen die Fremdwährungskredite in Österreich auch im Jahr 2014 weiter zurück. Die Schweizer-Franken-Kredite betrugen im Februar 2015 knapp 35 Mrd EUR, wovon 26 Mrd EUR auf private Haushalte entfielen. Etwa drei Viertel davon sind endfällig und mit einem Tilgungsträger verbunden. Seit der FMA-Empfehlung vom Oktober 2008 an die österreichischen Banken, keine Fremdwährungskredite mehr an private Haushalte ohne Einkommen in dieser Währung zu vergeben, fiel das Volumen um knapp die Hälfte (bereinigt um Wechselkurseffekte). Trotz dieses Rückgangs stellen Fremdwährungskredite weiterhin ein Risiko für private Haushalte und für die österreichische Finanzmarktstabilität dar.

Grafik A

### Schweizer-Franken-Kredite an inländische private Haushalte

in Mrd EUR

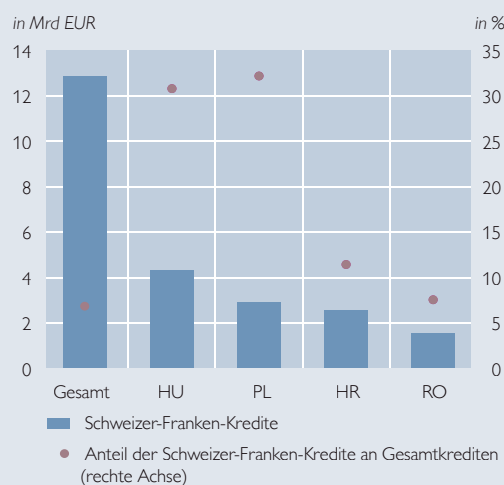


In CESEE hatten die österreichischen Banken per Juni 2014 rund 118 Mrd EUR an Fremdwährungskrediten ausstehend. Davon wurden etwa 79 Mrd EUR indirekt über die Tochterbanken in CESEE und weitere 39 Mrd EUR in Form von Direktkrediten durch die Mutterbanken vergeben. Der Großteil ist in Euro denominiert. Die FMA-Mindeststandards sowie die Guiding Principles trugen dazu bei, dass die österreichischen Tochterbanken in CESEE seit Mitte 2012 das Volumen der ausständigen Fremdwährungskredite um 10 Mrd EUR bzw. 11 % reduzierten. Mitte 2014 betrug das ausständige Volumen der CHF-Kredite in CESEE ungefähr 14 Mrd EUR und wurde überwiegend in Ungarn, Polen, Kroatien und Rumänien vergeben. Fremdwährungskredite in US-Dollar waren vor allem in Ländern wie Russland und der Türkei aushaftend (per Juni 2014: 23 Mrd EUR). Kredite in Schweizer Franken wurden hauptsächlich an private Haushalte vergeben, jene in USD gingen vor allem an Unternehmen.

Grafik B

### CESEE-Länder mit bedeutenden Schweizer-Franken-Kreditvolumina

Q2 14



Quelle: OeNB.

### OeNB und FMA erweitern Analyse zur Identifizierung von Risiken aus der Vergabe von Fremdwährungskrediten

Aufgrund der weiterhin hohen Bedeutung von Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten für den österreichischen Finanzmarkt führen FMA und OeNB im ersten Quartal 2015 bei einer repräsentativen Auswahl österreichischer Kreditinstitute eine Umfrage durch. Diese deckt die Wertentwicklung der zur Rückzahlung von Krediten dienenden Tilgungsträger sowie die wesentlichen Risikoidikatoren von Fremdwährungskrediten an inländische Kreditnehmer ab. Zudem wird die regelmäßig stattfindende Erhebung der OeNB zu den systemischen Risiken aus der Vergabe von Fremdwährungskrediten in CESEE fortgeführt.

### Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle von Großbanken

Eine weitere makroprudenzielle Maßnahme der österreichischen Aufsicht ist die im März 2012 veröffentlichte aufsichtliche Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken. Das „Nachhaltigkeitspaket“ zielt unter anderem darauf ab, die Eigenkapitalbasis der betroffenen Bankengruppen zu erhöhen und die Refinanzierungsstruktur ihrer exponierten Tochterbanken ausgewogener zu gestalten. Diese Maßnahmen stehen im Einklang mit der Vienna Initiative<sup>3</sup> und ermöglichen ein nachhaltiges Wachstumsmodell mit einer gestärkten Kapitalisierung jenseits ausgeprägter Kredit-

<sup>3</sup> Die als „Vienna Initiative“ bekannte Koordinationsinitiative europäischer Banken ist eine Kooperationsplattform von Vertretern der Heimat- und Gastlandaufseher, der Europäischen Kommission, internationaler Finanzinstitutionen wie etwa des IWF und der in der Region tätigen Banken. Sie wurde auf dem Höhepunkt der weltweiten Finanzkrise Anfang 2009 ins Leben gerufen und leistete einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der CESEE-Region. Darüber hinaus wurde dazu beigetragen, einer systemischen Bankenkrise in der Region vorzubeugen und den Kreditfluss zur Realwirtschaft während der Krise sicherzustellen.

zyklen. Die Analyseergebnisse per Ende des dritten Quartals 2014 zeigen, dass alle überwachten österreichischen Tochterbanken über ein nachhaltiges lokales Refinanzierungsmodell verfügen (auf Jahresvergleichsbasis).

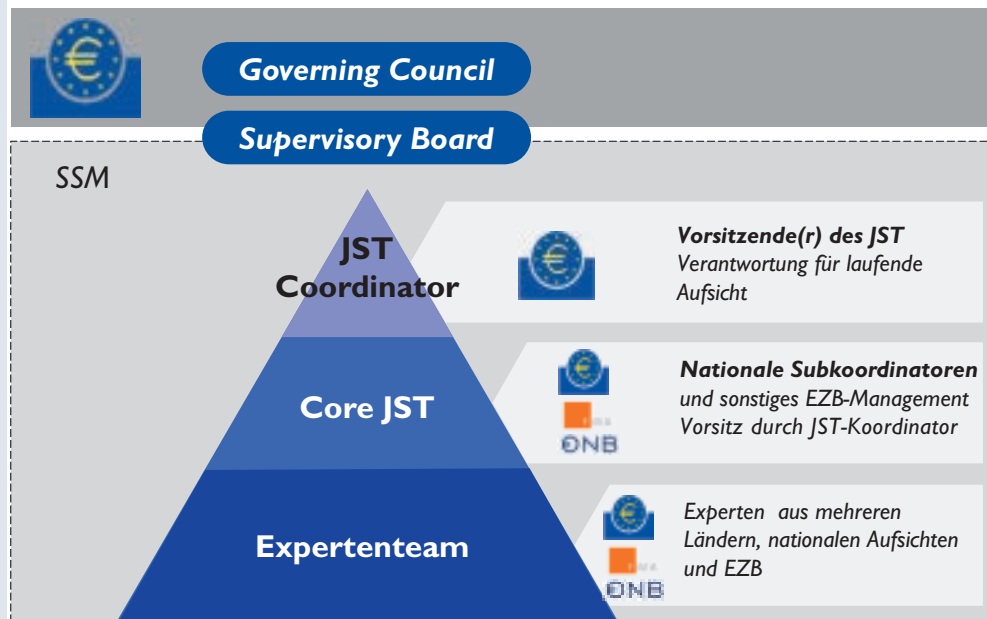
## 2.4 Wesentliche Fortschritte in der Errichtung der Bankenunion

Kasten 4

### Darstellung der Arbeitsabläufe im Joint Supervisory Team (JST)

Im Rahmen des einheitlichen Europäischen Aufsichtsmechanismus wurden für alle bedeutenden Kreditinstitute (Significant Institutions) sogenannte Joint Supervisory Teams (JSTs) etabliert, denen die Verantwortung für die laufende Aufsicht über das jeweilige Kreditinstitut obliegt. Die Leitung des JST erfolgt durch eine(n) JST-Koordinator der EZB sowie durch nationale Subkoordinatoren der Aufsichten jener SSM-Länder, in denen die beaufsichtigte Kreditinstitutsgruppe tätig ist (in Österreich: je ein Subkoordinator von FMA und OeNB). Des Weiteren umfasst das JST ein Expertenteam, das von der EZB und den nationalen Aufsichten besetzt wird.

### Schematischer Aufbau eines Joint Supervisory Teams (JST)



Innerhalb der JSTs erfolgt – je nach Teamgröße – eine thematische Aufgabenteilung nach Risikokategorien. Durch diese Matrixstruktur wird sichergestellt, dass klare Themenzuständigkeiten gegeben sind und ein aktiver Austausch zwischen den Experten der im JST vertretenen Behörden erfolgt. Die Arbeitsteilung zwischen FMA (rechtliche Beurteilung) und OeNB (wirtschaftliche Beurteilung) erfolgt hierbei gemäß der bereits in der Vergangenheit bewährten Themen- und Aufgabenteilung.

Die Aufgaben des JST umfassen insbesondere das gesamte Spektrum der laufenden wirtschaftlichen Analyse der Kreditinstitute, die Durchführung des jährlichen Kapital- und Liquiditätsadäquanzverfahrens, die Analyse von Sanierungsplänen, die laufende Modellaufsicht und Modellvalidierung, die Bearbeitung von Anträgen der Kreditinstitute sowie die Vorbereitung von aufsichtlichen Entscheidungen für das Supervisory Board. Das JST trägt somit die Verantwortung für die inhaltliche Aufbereitung und Umsetzung sämtlicher Aufsichtsentscheidungen und deckt damit sowohl die wirtschaftliche als auch die rechtliche Komponente der Aufsichtstätigkeit ab.

### **Einheitlicher Abwicklungsmechanismus nimmt konkrete Gestalt an**

Seit dem 1. Jänner 2015 ergänzt der einheitliche Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM) den einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM). Damit gibt es künftig einen Gleichlauf zwischen Kontrolle und Haftung; zudem wurden die Voraussetzungen zur Entflechtung von Banken und Staaten geschaffen. Das Konzept des einheitlichen europäischen Abwicklungsregimes umfasst einerseits einen institutionellen und andererseits einen materiellen Rahmen, der die Regeln und damit die Befugnisse und Instrumente für die Sanierung und Abwicklung von Banken harmonisiert.

### **Institutionelle Voraussetzungen für einen zentralisierten europäischen Entscheidungs- und Finanzierungmechanismus**

Die Verordnung für den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM-VO)<sup>4</sup> sieht einen zentralisierten europäischen Entscheidungs- und Finanzierungmechanismus für Abwicklungen von Banken vor und schafft zwei neue Kernelemente. Erstens, den einheitlichen Abwicklungsausschuss (SRB), der bereits seine Tätigkeit aufgenommen hat. Dieser entwickelt vorerst Maßnahmen für die Vorbereitung der Abwicklungsplanung, beschafft Informationen und erarbeitet die Details für die Zusammenarbeit mit den nationalen Abwicklungsbehörden. Die Aufnahme der operativen Tätigkeit und damit einhergehend Beschlussfassungen und Maßnahmen zu konkreten Abwicklungen erfolgen frühestens ab 1. Jänner 2016.

Das zweite Kernelement ist der einheitliche Abwicklungsfonds (SRF). Dieser bildet das finanzielle Fundament des Abwicklungsmechanismus. Eigentümer des Fonds ist der SRB-Abwicklungsausschuss, der diesen auch verwalten wird. Der Abwicklungsfonds wird durch finanzielle Beiträge der Bankindustrie gespeist, wobei sich die individuelle Beitragshöhe auf Basis der Größe und des Risikoprofils des jeweiligen Kreditinstituts errechnet. Der Fonds wird ab 1. Jänner 2016 innerhalb von acht Jahren aufgebaut und 2024 mit voraussichtlich 55 Mrd EUR dotiert sein. Dieser Betrag entspricht mindestens 1 % der gedeckten Einlagen aller Kreditinstitute.

Beim SRM gibt es ebenso wie beim SSM eine Arbeitsteilung: Der SRB ist für jene Banken zuständig, die entweder direkt von der EZB beaufsichtigt werden, grenzüberschreitend tätig sind oder Mittel aus dem SRF beanspruchen. Für alle anderen Institute ist die jeweilige nationale Abwicklungsbehörde (in Österreich: Finanzmarktaufsichtsbehörde) zuständig. Der Ausschuss arbeitet bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben eng mit den nationalen Abwicklungsbehörden zusammen, wobei die Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Ausschuss und nationalen Abwicklungsbehörden in einer noch zu erarbeitenden Rahmenverordnung geregelt wird.

### **BRRD schafft einheitliche Regeln und sieht die Verlustbeteiligung von Anteilseignern und Gläubigern im Abwicklungsfall vor**

Die zugrundeliegende Richtlinie<sup>5</sup>, die von den Mitgliedstaaten bis zum 31. Dezember 2014 in nationales Recht umzusetzen war, sieht einheitliche Regeln für die Sanierung und Abwicklung von Banken vor und adressiert drei Eckpunkte: Vorbeugung, frühzeitiges Eingreifen und die Abwicklung selbst. Kernstück des Systems ist das Bail-in-Instrument, das die Verlusttragung durch die Eigentümer und Gläubiger der Bank ermöglicht. In der BRRD selbst ist das Bail-in-Instrument erst ab

<sup>4</sup> Verordnung zum Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism Verordnung, SRM-VO) iVm der Richtlinie für die Sanierung und Abwicklung von Banken (Banking Recovery and Resolution Directive, BRRD).

<sup>5</sup> Richtlinie für die Sanierung und Abwicklung von Banken (Banking Recovery and Resolution Directive, BRRD).



1. Jänner 2016 verpflichtend vorgesehen, wobei es den Mitgliedstaaten offensteht, dieses Instrument im Rahmen der Umsetzung vorzuziehen. Ausgenommen vom Bail-in sind insbesondere durch Einlagensicherungssysteme geschützte Einlagen, besicherte Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Beschäftigten.

### **Nationale Umsetzung der Richtlinie für Sanierung und Abwicklung (BRRD) mit dem Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) vollzogen**

Mit der Umsetzung der BRRD durch das BaSAG in österreichisches Recht wurde ein nationaler Rechtsrahmen für den Umgang mit Banken in Schieflage geschaffen. Das BaSAG trat am 1. Jänner 2015 in Kraft und enthält Regelungen für folgende drei Themenbereiche und Phasen:

1. die verpflichtende Erstellung von Sanierungsplänen<sup>6</sup> durch die Banken und die Erstellung von Abwicklungsplänen durch die Abwicklungsbehörde samt Befugnissen zur Beseitigung von Abwicklungshindernissen (Vorbeugung);
2. die Möglichkeit für die Aufsichtsbehörden, frühzeitig einzugreifen, und damit verbundene zusätzliche Eingriffsbefugnisse (Frühintervention); sowie
3. die Einrichtung einer nationalen Abwicklungsbehörde und die ihr zur Verfügung stehenden Befugnisse und Abwicklungsinstrumente (Abwicklung).

Gemäß BaSAG wird die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) als zuständige Abwicklungsbehörde fungieren und – in Anlehnung zum dualen Aufsichtssystem – bei spezifischen Fragestellungen mit der OeNB zusammenarbeiten. Die Abwicklungsbehörde ist mit weitreichenden Befugnissen sowie Abwicklungsinstrumenten ausgestattet. Kernstück des Systems ist das Bail-in-Instrument, das die Verlusttragung durch die Eigentümer und Gläubiger der Bank ermöglicht und bereits ab 1. Jänner 2015 verpflichtend vorgesehen ist. Ausgenommen vom Bail-in sind insbesondere durch Einlagensicherungssysteme geschützte Einlagen, besicherte Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Beschäftigten. Darüber hinaus werden den Abwicklungsbehörden weitere Instrumente bzw. Befugnisse eingeräumt: Recht auf Unternehmensveräußerung, Recht zur Übertragung von Vermögenswerten auf ein Brückeninstitut (das Brückeninstitut benötigt eine Bankkonzession) und Recht zur Übertragung von Vermögenswerten auf eine Zweckgesellschaft (Bad Bank).

### **Harmonisierte Einlagensicherungssysteme**

Das harmonisierte Einlagensicherungssystem, auch als dritte Säule der Bankenunion bezeichnet, zielt darauf ab, die nationalen Systeme der Einlagensicherung zu harmonisieren. Nach jahrelangen Verhandlungen konnte die Einlagensicherungs-Richtlinie (Deposit Guarantee Scheme Directive) im Frühjahr 2014 abgeschlossen werden. Diese ist bis Juli 2015 von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen. Damit wird der Schutz der Ersparnisse der Steuerzahler innerhalb der EU mit einer gesetzlichen Einlagegarantie je Kunde und Institut mit 100.000 EUR harmonisiert. Weitere Kernpunkte dieser Richtlinie sind die Umstellung der Beitragsfinanzierung von im Nachhinein finanzierten Beiträgen auf eine verpflichtende im Vorhinein basierte Finanzierung sowie eine Verkürzung der Auszahlungszeit an die Sparer von 20 auf 7 Tage im Leistungsfall.

<sup>6</sup> Die Verpflichtung zur Erstellung von Sanierungs- und Abwicklungsplänen sowie Frühinterventionsbefugnisse der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) hatte der österreichische Gesetzgeber bereits teilweise vorweggenommen und im Bankeninterventions- und -restrukturierungsgesetz (BIRG) bzw. im Bankwesengesetz (BWG) berücksichtigt. Diese waren an die Vorgaben der Richtlinie (BRRD) anzupassen und wurden in das BaSAG integriert.

## 3 Tabellenanhang

Tabelle 1

### (Prognose: Europäisches System der Zentralbanken, OeNB, Dezember 2014)

#### Bruttoinlandsprodukt real<sup>1</sup>

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Veränderung zum Vorjahr in %										
Österreich	3,4	3,6	1,5	-3,8	1,9	3,1	0,9	0,2	0,3	0,9	1,6
Euroraum	3,2	3,0	0,5	-4,5	2,0	1,6	-0,8	-0,5	0,9	1,5	1,7
EU	3,4	3,1	0,5	-4,4	2,1	1,7	-0,5	0,0	1,3	1,8	1,9

#### Verbraucherpreisindizes<sup>1</sup>

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Veränderung zum Vorjahr in %										
Österreich	1,7	2,2	3,2	0,4	1,7	3,6	2,6	2,1	1,5	1,1	1,5
Euroraum	2,2	2,1	3,3	0,3	1,6	2,7	2,5	1,4	0,4	0,1	1,0
EU	2,2	2,3	3,7	1,0	2,1	3,1	2,6	1,5	0,6	0,0	1,2

#### Arbeitslosenquoten<sup>1</sup>

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in % der Erwerbstätigen										
Österreich	5,3	4,9	4,1	5,3	4,8	4,6	4,9	5,4	5,6	x	x
Euroraum	8,4	7,5	7,6	9,5	10,0	10,1	11,3	12,0	11,6	11,1	10,6
EU	8,2	7,2	7,0	9,0	9,6	9,6	10,4	10,8	10,2	x	x

#### Leistungsbilanzsalden<sup>1</sup>

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in % des BIP										
Österreich	3,3	3,8	4,5	2,6	2,9	1,6	1,5	0,9	0,8	1,9	1,8
Euroraum	0,3	0,3	-0,7	0,3	0,4	0,5	1,9	2,4	2,8	3,3	3,1
EU	-0,3	-0,5	-1,3	-0,1	0,0	0,2	0,9	1,4	1,6	2,2	2,0

#### Budgetsalden<sup>1</sup>

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in % des BIP										
Österreich	-2,5	-1,3	-1,4	-5,3	-4,5	-2,6	-2,2	-1,3	-2,4	-1,7	-1,7
Euroraum	x	x	x	x	x	-4,1	-3,6	-2,9	-2,7	-2,3	-1,7
EU	x	x	x	x	x	-4,5	-4,2	-3,2	-2,9	-2,6	-1,8

#### Staatsschuldenquoten<sup>1</sup>

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in % des BIP										
Österreich	67,0	64,8	68,5	79,7	82,4	82,1	81,5	80,9	84,5	88,8	87,4
Euroraum	x	x	x	x	x	85,8	89,1	90,9	91,9	93,5	92,4
EU	x	x	x	x	x	80,9	83,7	85,5	86,8	87,7	86,8

Quelle: Eurostat, OeNB, EZB,

<sup>1</sup> 2015 bis 2016: Prognose des IWF, April 2015. Prognose für Arbeitslosenquote Österreich nach Revision der historischen Daten nicht mehr gültig. X= Daten nicht verfügbar.

Tabelle 2

**Zinszahlungen des Staates<sup>1</sup>**

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	in % des BIP									
Österreich	3,2	3,1	3,1	3,0	3,2	2,9	2,8	2,6	2,5	2,4

Quelle: Statistik Austria.

<sup>1</sup> Zinszahlungen laut budgetärer Notifikation (Maastricht-Definition), d. h. unter Berücksichtigung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Swaps.

Tabelle 3

**Verschuldung der Haushalte**

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	in % des verfügbaren Nettoeinkommens									
Österreich	x	88,8	88,6	90,2	90,4	93,5	93,5	89,8	89,4	88,2
Euroraum	x	107,3	110,6	111,7	115,2	118,0	118,3	118,4	116,1	114,3
	in % des BIP									
Österreich	x	53,1	52,4	53,0	54,3	55,4	53,9	52,6	51,5	50,9
Euroraum	x	64,3	65,2	66,2	70,6	70,8	70,6	70,3	68,8	67,5

Quelle: EZB, OeNB.

Tabelle 4

**Verschuldung des Unternehmenssektors<sup>1</sup>**

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	in % des Bruttobetriebsüberschusses <sup>2</sup>									
Österreich	x	199,3	209,6	218,1	230,3	231,3	227,5	233,5	237,0	239,4
Euroraum	x	223,6	230,1	242,2	257,8	254,7	251,4	257,8	252,2	253,1
	in % des BIP									
Österreich	x	84,3	89,3	91,1	92,4	93,6	92,7	93,1	93,2	93,4
Euroraum	x	94,4	98,0	102,2	105,5	105,3	104,0	105,2	102,7	102,5

Quelle: EZB, OeNB.

<sup>1</sup> Kurzfristige und langfristige Kredite, Geld- und Kapitalmarktpapiere.<sup>2</sup> Inklusive Einkommen aus Selbstständigkeit.

Tabelle 5

**Immobilienpreisindex**

	2010	2011	2012	2013	2014	Q4 13	Q1 14	Q2 14	Q3 14	Q4 14
	Index 2000=100									
Österreich ohne Wien	121,1	124,0	137,4	141,1	145,4	140,1	143,3	147,3	146,5	144,5
Wien	143,9	156,1	180,7	196,3	204,6	202,3	204,6	207,3	202,2	204,4
	Veränderung zum Vorjahr in %									
Österreich ohne Wien	5,5	2,3	10,8	2,7	3,1	1,6	2,2	4,3	2,6	3,2
Wien	7,8	8,5	15,7	8,7	4,2	9,1	8,1	5,8	2,2	1,0

Quelle: OeNB, Austria Immobilienbörse, TU Wien, Institut für Stadt- und Regionalforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Die halbjährlich erscheinende Publikation „Fakten zu Österreich und seinen Banken“ gibt einen kompakten Überblick über die real- und finanzwirtschaftliche Entwicklung Österreichs und stellt diese in den internationalen Kontext. Die Aktualisierung der Kennzahlenübersicht zu Beginn der Publikation erfolgt vierteljährlich.

**Medieninhaber  
und Herausgeber**

Oesterreichische Nationalbank  
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien  
Postfach 61, 1011 Wien  
www.oenb.at  
oenb.info@oenb.at  
Tel (+43-1) 40420-6666  
Fax (+43-1) 40420-046698

**Koordination**

Matthias Fuchs

**Inhaltliche Beiträge**

Gabriele Stöffler, Klaus Vondra, Daniela Widhalm

**Redaktion**

Brigitte Alizadeh-Gruber, Ingeborg Schuch

**Layout und Satz**

Walter Grosser

**Grafische Gestaltung**

Abteilung Informationsmanagement und -services

**Druck und Herstellung**

Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

**DVR 0031577**

© Oesterreichische Nationalbank, 2015. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/28/024

